

# **CUBA, BAWAG und das US Embargo**

## **Eine kurze Geschichte Kubas**

Von Stefan KRENN



**Eine Broschüre der Österreich Kubanischen Gesellschaft Oberösterreich**



## Vorwort

Kriminelle Manager der Bawag haben unter kräftiger Assistenz hochrangiger Gewerkschaftsfunktionäre die Bank und damit auch den Gewerkschaftsbund an den Rand des Ruins manövriert. Bereits im Zeitraum zwischen 1994 und 2004 wurden einige Milliarden Euro bei hochriskanten Wertpapiergeschäften in der „Karibik versenkt“. Um die Bank vor dem Untergang zu bewahren und damit den Skandal zu vertuschen, wurde von Seiten der ÖGB-Spitze ( Verzetnitsch, Wenninger ) der Streikfonds der Gewerkschaft verpfändet. Nach allerlei Ranküren und sehr undurchsichtigen Manövern wurde die „Arbeiterbank“ Bawag an den US-Hedgefonds „Cerberus“ verscherbelt. Im April 2007 kam es zu einem Eklat, wobei über einen Zeitungsartikel bekannt wurde, dass die Bank aus Cuba gebürtige KundInnen recht rüde vor die Tür gesetzt hatte. Die Empörung über diese Maßnahme war überraschend groß. Die Außenministerin zeigte Flagge und betonte, dass „Österreich nicht der 51 Bundesstaat der USA“ sei und dass hierzulande noch immer österreichische Gesetze Gültigkeit hätten. Der neue Bawag-Chef Nowotny stammelte einige Rechtfertigungen in die Mikrofone und „dass es ihm leid täte bei seiner politischen Vergangenheit, aber die US-amerikanischen Gesetze würden eben Geschäfte mit Cuba nicht gestatten“ (Hoch die internationale Solidarität).

So geriet dieser „Zwischenfall“ unversehens zu einem Lehrstück in Sachen Demokratie, wobei für jedermann klar ersichtlich wurde, dass die Interessen einer Bank entschieden höher zu bewerten sind, als vom österreichischen Nationalrat beschlossene Gesetze.

Damit drang auch einer breiten Öffentlichkeit die Tatsache des erbitterten Wirtschaftkrieges der US-Regierung gegen Cuba ins Bewusstsein. Natürlich wusste man, dass Castro einer der Lieblingsfeinde des Präsidenten Bush ist und dass Cuba zu den „**Schurkenstaaten**“ zu rechnen sei .

Aber wegen rund 100 „**lausigen**“ **Cubanern** so ein Geschrei zu machen, oder steckt doch mehr dahinter? Wenn dies die sichtbare Spitze des Eisberges ist, wo liegen die tieferen Ursachen; was sind die Hintergründe?

Gräbt man ein klein wenig tiefer, stößt man auf Begriffe wie das „**Helms Burton und Torricelli-Gesetz**“. Was ist der „**Platt Zusatz**“ und warum existiert der amerikanische Stützpunkt **Guantanamo**?

In dieser Broschüre soll über diese Hintergründe berichtet und aufgezeigt werden, wie und warum die USA seit vielen Jahren einen erbitterten Krieg gegen Cuba führen.

Stefan Krenn  
Linz, Juni 2007

---

Österreich Kubanische Gesellschaft OÖ

p.A.: Im Tal 13, 4040 Linz

[cuba.ooe@a1.net](mailto:cuba.ooe@a1.net)

monatlich Kuba-Stammtisch in Linz

Verein „BUENA VISTA - Solidarität mit  
Cuba“

Stefan Krenn: Tel.: 0 6 99 / 126 33 590

## MONROE DOKTRIN: DER HINTERHOF IST US - EIGENTUM

Einer der Ausgangspunkte für die US-Amerikanische Expansionspolitik ist die von Präsident James Monroe vom 2. Dez. 1823 erlassene **Monroe Doktrin** die festlegt, dass „**die amerikanischen Kontinente nicht als Subjekte für die weitere Kolonisation durch europäische Mächte gelten**“ könnte - dieser Passus richtet sich vorwiegend gegen die Kolonialmächte England, Frankreich und Spanien (Amerika den Amerikanern). „**Wir sollten jeden Versuch (...) ihr System auf jedweden Teil dieser Hemisphäre auszudehnen, als gefährlich für unseren Frieden und unsere Sicherheit betrachten**“.

1904 präzisierte Präsident **Theodore Roosevelt** diese Doktrin, die in dieser Form im wesentlichen auch noch heute ihre Gültigkeit hat: „**(...) ständiges Fehlverhalten (...) die zu einem allgemeinem Verlust der Bindungen in einer zivilisierten Gesellschaft führen, können die Intervention (...) erforderlich machen und in der westlichen Hemisphäre könnte das Fehlverhalten an der „Monroe-Doktrin“ die Vereinigten Staaten in flagranten Fällen (...) dazu zwingen, als internationale Polizeimacht tätig zu werden**“.

Der klassische „Hinterhofanspruch“ der USA. Das erste Opfer dieser Expansionspolitik war **Mexico**. 1848 besetzten die USA die Provinz Texas und nach einer vernichtenden Niederlage im amerikanisch/mexikanischen. Krieg gingen mit dem **Friedensschluss von Guadelupe, Neu-Mexico und Kalifornien** verloren; Mexico wurde praktisch halbiert.

Kurz darauf fiel der Pirat **William Walker** im Auftrag der Bankiers **Morgan** und **Garrison** und der offiziellen Unterstützung der US-Regierung unter der Namen „**Amerikanische Phalanx der Unsterblichen**“ in Mittelamerika ein und lies sich zum „**Präsidenten von Nicaragua, Salvador und Honduras**“ ausrufen. Er schloss mit amerikanischen Kapitalgruppen weitreichende Verträge ab, was zur Folge hatte, dass riesige Gebiete in sogenannte „**Bananenrepubliken**“ verwandelt wurden. 1903 wurde die Provinz **Panama** gewaltsam von **Columbien** abgetrennt (Bau des Panamakanals); nur 10 Tage nach der Anerkennung des „neuen Staates“ am 18.November sicherte sich die USA mit dem „**Vertrag von Panama**“ das ausschließliche Durchfahrtsrecht und eine beiderseits 10 Km-breite Kanalzone als „**exterritoriales Gebiet**“ Errichtet wurden in dieser Zone das berühmte Ausbildungs- und Folterzentrum (**School of the Amerika**), in der vorwiegend Söldner und Militärs aus Lateinamerika ihre Ausbildung erhielten. Absolventen waren tausende Militärs und Polizisten vorwiegend aus Lateinamerika. Auch der vorletzte Chef der argentinischen Militärjunta **LEOPOLD GALTIERRI**, der bolivianische Diktator **HUGO BANZER**, der Führer der salvadorianischen Todesschwandorns **ROBERTO D'AUBUSSION** und der panamanesische Staatschef und Drogenhändler **MANUEL NORIEGA** erhielten unter anderem hier ihre Ausbildung.

## KAUF ODER DIEBSTAHL

1912 umriss Präsident **William Taft** die Ziele der US-Aussenpolitik und erklärte, basierend auf der **Monroe Doktrin**, dass es „**Tatsache werden wird, dass die ganze Hemisphäre dank unserer rassistischen Überlegenheit uns gehört**“. Außerdem würde die „**US-Aussenpolitik keineswegs eine aktive Intervention ausschließen, um für unsere Waren und Kapitalisten günstige Investitionsmöglichkeiten zu gewährleisten**“. Das Interesse der USA in internationalen Angelegenheiten im 19. Jahrhundert kann schnell zusammengefasst werden. Sie wollten das Land ihrer Nachbarn haben – entweder durch Kauf oder Diebstahl. Einer Zusammenstellung des US-Außenministeriums zufolge schickten sie ihre Soldaten nach **Argentinien** (1852/53) **Japan** (1843/54) **Okinawa** (1854)

**Uruguay** (1855) dreimal nach **Nicaragua** (1853/1854/ 1894) **Angola** (1860) **Midway-Inseln** (1867) **Venezuela** (1895) **Samoa** (1889) und nach **Hawaii** (1898). Die Begründung für diese Militäreinsätze lauteten stets: „**Schutz von US-Bürgern und US-amerikanischen Interessen oder Schutz von US-Eigentum.**“

### ICH WAR DER GANGSTER

Der Kommandant **Smedly D. Butler**, der viele dieser Expeditionen anführte, fasste 1935 in seinen Memoiren zusammen:

„ ... Ich habe 33 Jahre und 4 Monate im aktiven Dienst (...) dieses Landes verbracht, beim Marinekorps. Ich habe in allen Rangstufen gedient, vom Korporal bis zum Divisionsgeneral. Und im Verlauf dieser ganzen Periode übte ich meistens die Funktion eines Gangsters erster Kategorie für die große Geschäftswelt, für Wallstreet und Bankiers aus. Mit einem Wort, ich war Gangster des Kapitalismus (...) habe 1914 geholfen, dass Mexico (...) eine leichte Beute für die nordamerikanischen Erdölinteressen wurde. Ich habe dabei geholfen, dass Haiti, Cuba und Nicaragua Plätze zum kassieren der Renten der National City Bank und für das Bankhaus Brown Brothers wurden (...) 1916 habe ich im Namen der nordamerikanischen Zuckerinteressen das Licht in die Dominikanische Republik getragen. 1903 habe ich dabei geholfen, Honduras zum Besten der Obstgesellschaften zu befrieden“.

Die Begehrlichkeit an **Cuba** war schon immer vorhanden. Vorerst versuchten die USA Spanien die Insel abzukaufen, doch zu diesem Deal, bei dem etwa 20 Mio. Dollar geboten wurden, waren die Spanier nicht bereit. Die günstigste Gelegenheit ergab sich im 2. cubanischen Befreiungskrieg von 1895 – 1898 (siehe „**Die offenen Adern Lateinamerikas**“ **Seiten 125-154**).

### „REMEMBER THE MAIN“

Am 24. Jänner 1898 wurde der Kreuzer „**Maine**“ nach Havanna beordert, um amerikanisches Eigentum zu schützen, wo er am Tag darauf nach einer sehr heftigen Explosion unterging; 266 tote Matrosen und Marinesoldaten waren die Folge. Der Zeitungskönig **W. R. Hearst** sandte Tage zuvor den Korrespondenten **Frederik Remington** nach Havanna mit dem Auftrag, entsprechendes Bildmaterial zu bringen. **Remington** telegraphierte: „(...) **es ist alles ruhig stopp es gibt keine Unruhen hier stopp möchte zurückkehren, da es keinen Krieg geben wird stopp.**“ Die Antwort kam umgehend „**bitte bleiben sie stopp liefern sie die Bilder stopp ich liefere den Krieg stopp Hearst.**“ Die Zeitung behauptete, dass die „**Maine**“ durch eine Unterwassermine zur Explosion gebracht wurde. 1911 stellte eine Untersuchungskommission fest, dass die Explosion im Schiffsinnenen, wahrscheinlich im vorderen Kohlenbunker erfolgte. Auf alle Fälle lieferte diese Katastrophe einen erstklassigen Kriegsgrund.

Am 19. April erhielt Präsident **McKinley** die Vollmacht zur Mobilisierung und befahl am 22. April der Nordatlantikflotte **Havanna** zu blockieren; **Spanien** erklärte darauf den Krieg. Am 25. April wurde der Marschbefehl erlassen – 18.000 amerikanische Soldaten begannen mit der Invasion Cubas. Die erschöpften spanischen Truppen befanden sich am Rand der Niederlage und wären auch ohne „fremde Hilfe“ von den cubanischen Aufständischen unter der Führung der Generale **Antonio Maceo** und **Galixto Garcia** innerhalb kurzer Zeit ins Meer geworfen worden. Die Amerikaner wollten sich diese Chance nicht entgehen lassen, landeten in **Santiago** und eroberten gemeinsam, mit unter dem Befehl von General **Calixto Gracia** 4.000 kämpfende **Mambies** (Zuckerrohrsklaven), die von den Spaniern gehaltene

Stadt. Der amerikanische Oberbefehlshaber **General Shafter** verweigerte der cubanischen Befreiungsarmee den verdienten Einzug nach Santiago. Am 17. Juli 1898 kapitulierten die Spanier. Aus dieser Zeit existiert eine Anweisung des Unterstaatssekretärs vom Kriegsministerium an **General Miles**:

**„Cubas Bevölkerung besteht aus Weißen, Neger, Asiaten und Mestizen. Seine Bewohner sind lässig und apathisch (...) eine unmittelbare Eingliederung wäre eine Torheit (...) wir müssen das Land säubern, auch wenn wir dabei dieselben Mittel anwenden müssten, wie die göttliche Vorsehung im Fall Sodom und Gomorra. Wir müssen alles was in Reichweite unserer Kanonen liegt zerstören, wir müssen unsere Blockade so dicht machen, dass Hunger und Krankheit die Zivilbevölkerung entkräften und ihre Armee dezimieren. Unsere Politik muss sein, immer den Schwächsten gegen die Stärksten zu unterstützen, bis wir beide zerstört haben und uns die Perle der Antillen einverleiben können.**

Die Amerikaner vertrieben die Spanier aus der Karibik, annektierten außerdem noch **Puerto Rico, Guam und Hawaii** und kauften der spanischen Regierung die **Philippinen** um 20 Mio. Dollar ab. Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages am 10. Dezember 1898, bei der kein einziger cubanischer Delegierter zugelassen war, diktierten die USA im so genannten **„Platt Amendment“** weitreichende und einschneidende politische und wirtschaftliche Bedingungen (US-Währungsprimat, Wechselkurs und Kredite. bestimmt die US Notenbank; **die Außenpolitik Cubas wird vom US-Kongress oder Außenministerium gesteuert; wirtschaftlich gilt die Bevorzugung von US Unternehmen**).

### **DAS PLATT AMENDMENT**

Zwei weitere Punkte sind in diesem Abkommen sind von vorrangiger Bedeutung: **„Die Regierung von Cuba erkennt den Vereinigten Staaten das Recht zu, zur Wahrung der cubanischen Unabhängigkeit, zur Erhaltung der Regierung, die den Schutz des Lebens, Eigentums und individueller Freiheit garantiert, (...) zu intervenieren“**. **„Die Regierung von Cuba wird den Vereinigten Staaten ermöglichen (...) zur Verteidigung Landstrecken zu kaufen oder zu pachten.“** Damit war die Errichtung eines Marinestützpunktes beschlossene Sache und vertraglich abgesichert.

Die Konstituierende Versammlung in Havanna lehnte in der ersten Abstimmung den Vertrag mit 24 zu 2 Stimmen ab und entsandte eine Kommission nach Washington, um den Vertrag neu zu verhandeln. Zurückgekehrt nahm sie mit 15 zu 12 Stimmen an, wollte aber eine eigene Interpretation als Zusatz. Dieses Ansinnen wurde von der amerikanischen Regierung verworfen und sie drohte die Insel solange zu besetzen, bis sich eine Regierung gefunden hätte, die das **Platt Amendment** (Zusatz) annehmen würde. Die Amerikaner lösen das cubanische Heer auf, stationieren 50.000 Mann auf der Insel und sicherten sich die legislative, exekutive und rechtssprechende Gewalt durch US-hörige Politiker. Der politische und militärische Druck ließ der gesetzgebenden Versammlung nur die Wahl zwischen einer amerikanischen Militärdiktatur und der Annahme dieses „Plattzusatzes“ zur cubanischen Verfassung (benannt nach Senator O.H. Platt aus Connecticut)

Die dritte Abstimmung (12. Juli 1901) brachte schließlich das gewünschte Ergebnis von 16 zu 11. Der amerikanische **General Wood** brachte es auf den Punkt: **„Ich weiß, wie viel jeder Cubaner wert ist, mit dem ich verhandelt habe“**. Damit war das „Plattamendment“ nach amerikanischem Muster in die cubanische Verfassung integriert. Vertragliche Grundlage war, dass die USA jederzeit intervenieren konnte, wenn die jeweilige cubanische Regierung nicht US-amerikanische Interessen vertrat.

Mitte Februar 1903 wurde von Cuba und von den USA der Vertrag über die Bucht von **Guantanamo** unterzeichnet, der den Amerikanern lediglich das Recht einräumt, einen „**Kohlen- und Marinestützpunkt**“ einzurichten. Für das etwa 12.000 ha große Gelände wurde eine Pacht von 2.000 Golddollar vereinbart, die seit der Revolution niemals behoben wurde.

Das revolutionäre Cuba besteht daher auf den Standpunkt, dass der Vertrag unter Gewaltandrohung erzwungen wurde und daher als „Null und Nichtig“ zu betrachten sei. Auch der Ausbau des Stützpunktes zum internationalen Folterzentrum verstößt eklatant gegen das Vertragswerk und damit gegen die eigenen US-Gesetze.

## INVESTITIONEN

Gleich nach dem Krieg verdreifachten sich die Investitionen von 50 auf 160 Millionen und innerhalb von nur 10 Jahren auf rund 200 Millionen; weitere 20 Jahre später auf 1,2 Milliarden \$. 1925 kontrollierten die US-Zuckerbarone schon mehr als 50% des Zuckerrohranbaus. Die **United Fruit Company** kaufte etwa 1.9 Mio. fruchtbares Ackerland und andere US-Konzerne kontrollierten die **Tabakindustrie**, die **Eisenbahnen**, das **Telefonsystem**, die **Stromversorgung**, den **Tourismus**; die **Mafia** übernahm **Spielcasinos**, **Bordelle**, **Prostitution** und den **Rauschgifthandel**.

## STREIKS – PROGRESSIVE REGIERUNG - MILITÄRPUTSCH

In der Folge gab es heftige Kämpfe, Streiks und Demonstrationen. Der Unmut der Bevölkerung erzwang Neuwahlen, die aber an der prekären Situation der Mehrzahl des cubanischen Volkes nichts ändert. 1925 zogen sich die USA zurück, nachdem der reaktionäre General **Gerardo Machado** die US-Interessen mit immer brutaleren Mitteln durchsetzte – er wurde vom „**TIME-Magazin**“ auf das Titelbild gesetzt und als der „**Mussolini Cubas**“ bezeichnet.

1933 wurde der progressive Mediziner **Martin San Grau** zum Chef der Regierung gewählt, die sich aus einem Bündnis fortschrittlicher Kräfte zusammensetzte. In nur 105 Tagen Regierungszeit wurde von der Regierung Grau der **Platt Zusatz** und damit die Befehlsgewalt der USA über Cuba annulliert, das **Frauenwahlrecht** beschlossen, der **8-Stundentag** eingeführt, ein **Ministerium für Arbeit** geschaffen, **Land an landlose Bauern** verteilt, **höhere Schulbildung** nachdrücklich gefördert und die US-Stromgesellschaft **Electric Bond and Share Company** nationalisiert. Deshalb setzte das Pentagon am 7. September 1933 die gesamte Atlantikflotte (3 Panzerkreuzer, 15 Zerstörer, 8 leichte Zerstörer und 4 Kanonenboote unter dem Kommando von **Admiral Freeman**) nach **Havanna**, **Cienfuegos**, **Matanzas**, **Manzanillo** und **Santiago** in Marsch, um die US-amerikanischen Interessen und 6.000 Residenten zu schützen. Gleichzeitig erhielt ein Flugzeuggeschwader in Virginia Befehl, sich für den Einsatz in Cuba bereit zu halten und Bomben und Maschinengewehre zu laden.

**Fulgencio Batista**, ein Sergeant, hatte durch einen Putsch innerhalb der Streitkräfte de facto die Macht bereits in Händen und garantierte den **USA** die Sicherheit ihrer Kapitalanlagen, während es in **Havanna** zu heftigen anti-amerikanischen Kundgebungen unter der Losung „**Raus mit den amerikanischen Marines**“ kam. Die Regierung **Grau** kündigte für den 1. April Neuwahlen zur verfassungsgebenden Versammlung an. Auf der panamerikanischen Konferenz (vom Dez. 1933) sprach ein Vertreter der Regierung Grau die Situation wie folgt an:

**„Ich erkläre freimütig, dass die Vereinigten Staaten sich in die Angelegenheiten einmischen, und die Ausübung der Rechte Cubas als souveräne Republik nicht zulassen. Die amerikanischen Marineinfanteristen sind noch nicht an Land gegangen, doch die US-Regierung benutzt alle ihre mächtigen Geldmittel. Wenn das keine Intervention ist, dann soll man mir erklären, was es sonst ist.“**

Am 18. Jänner 1934 übernahm der Konservative **Carlos Mendieta** das Präsidentenamt aus dem er am 8. Mai 1935 durch den offenen Militärputsch **Batistas** vertrieben wurde. Der amerikanische Botschafter **Sumner Wells** charakterisierte Batista als **„entscheidenden Gegner des Kommunismus und der Gewerkschaftsorganisationen“**. Brutale Unterdrückung und Kommunistenverfolgung standen auf der Tagesordnung. Die Profiteure der Plantagebesitzer, Investoren, Banken und organisiertem Verbrechen waren gerettet. Abgesichert durch wohltdotierte und mit zahlreichen Privilegien versehenen „Stellvertretern“ gab es von Seiten der USA keine weiteren Interventionsdrohungen. Außerdem stand der WK II unmittelbar bevor und die USA wurde von den faschistischen „Achsenmächten“ **Deutschland** und **Japan** bedroht.

Durch die Anti-Hitler-Koalition lockerte sich auch das politische Klima in Cuba, die **Gewerkschaften** erhielten wieder mehr Spielraum und die **Kommunistische Partei** wurde legalisiert. Nach dem Überfall der Japaner auf Pearl Harbor erklärte der cubanische Kongress am 9. Dezember 1941 im Rahmen eines **„interamerikanischen Bündnisses“** **Japan** den Krieg. Erstmals wurden am 14. Oktober 1942 diplomatische Beziehungen zur **Sowjetunion** aufgenommen. Allerdings festigte sich auch während der Herrschaft **Batistas**, die bis 1944 dauerte, die Macht der **Mafia**. **Meyer-Lansky**, **Bugsy Siegel**, **Lucky Luciano** (um nur einige zu nennen) kontrollierten Glücksspiel, Prostitution und Rauschgifthandel – Cuba wurde zum Bordell Amerikas.

### **AUTHENTICOS contra ORTHODOXOS**

Die Authentische Partei praktizierte Anfang der 30er Jahre durch den Wahlsieger von 1933 Grau San Martin eine antiimperialistische und soziale Politik, die auch von der inzwischen legalen **Kommunistischen Partei** unterstützt wurde. Doch die Authenticos drifteten bis Mitte der 40er Jahre vor allem unter dem Einfluss der **„Plantagenbourgeoise“** und anderer bürgerlicher Kräfte auf weit rechte Positionen ab. Gravierendste Folge davon war, dass die schwer erkämpften Errungenschaften der Arbeiter systematisch verloren gingen. Vor allem wurde die Gewerkschaft (**Confederacion de Trabajadores de Cuba/CTC**), in der die Kommunisten beachtliche Positionen inne hatten, heftig bekämpft. Die Herrschaft des **Batista-Clans** dauerte bis zum 10. Oktober 1944. Bei den folgenden Präsidentschaftswahlen versuchten zwei Koalitionen ihre Kandidaten durchzubringen; die **Sozialistisch-Demokratische Koalition** (Liberales, Demokratische Partei und Sozialistische Volkspartei, allesamt rechte Gruppierungen) ihr Spitzenkandidat war **Carlos Saladrigas**, ein Protege Batistas. Das andere Bündnis - **Revolutionäre Cubanische Partei** und **Republikanische Partei** - stand unter der Führung des Politikers **Grau San Martin**. Der Sieg ging nicht wie allgemein erwartet an **Saladrigas** sondern an die Opposition und dauerte bis zum erneuten Militärputsch **Batistas** (März 1952).

Am 22. Jänner 1948 wurde **Jesus Menendez**, Führer der Zuckerarbeitergewerkschaft und Mitglied des Repräsentantenhauses durch einen Kapitän der Landmiliz erschossen. Seine Beerdigung am 25. Jänner in Havanna war eine gewaltige Demonstration gegen den **„Weißen Terror“** (Terror regierungsnaher Organisationen wie Polizei, Paramilitär, Todesschwadrons, vor allem gegen die organisierte Arbeiterbewegung und andere fortschrittliche Kräfte gerichtet).



Ausgehend von der Rechtsentwicklung der **Authenticos** spaltete sich ein „linker“ Flügel ab, der die **Orthodoxe Partei** bilden sollte; Führer war **Eduardo Chibas**, der in ungewöhnlich scharfer Form die Korruption in der **Authentischen Partei** anprangerte. Mitten im Wahlkampf, am 5. August 1951, verübte **Chibas** aus Protest gegen Gewalt und Korruption vor dem Mikrophon Selbstmord, um damit einen Volksaufstand auszulösen. Sein Tod erschütterte die **Authenticos** bis in die Grundfesten und garantierte den Sieg der (linken) **Othodoxen**. Zu diesem Zeitpunkt tauchte der Studentenfürher **Fidel Castro Ruiz** zum ersten Mal ins breite Licht der Öffentlichkeit und hatte gute Chancen, ins Parlament gewählt zu werden.

Für die Präsidentschaftswahl zum 1. Juli 1952 kandidierte **Roberto Agramonte** als Spitzenkandidat der **Orthodoxen Partei**; Gegenkandidaten waren **Carlos Hevia** von der **Authentischen Partei** und **Fulgencio Batista** der von der „**Plantagenbourgeoise**“ gefördert und bezahlt wurde.

Bereits Anfang März 1952 stand fest, dass **Agramonte** die Wahl gewinnen würde. Im Einverständnis mit der traditionellen Machtelite und gefördert von den USA, die vom siegreichen „**antiimperialistischen Block**“ beunruhigt waren, putschte **Batista** am 10. März 1952 und verjagte 80 Tage vor der Präsidentschaftswahl den amtierenden Präsidenten **Prio Socarros** in nur knapp einer Stunde aus dem Amt und setzte die demokratische Verfassung außer Kraft. Den gleich nach dem Staatsstreich ausgerufenen Generalstreik ließ er mit Waffengewalt unterdrücken. Nur 17 Tage nach dem Putsch wurde die Militärdiktatur **Batistas** von Präsident **Harry S. Truman** anerkannt und großzügig mit Militärhilfe und Krediten unterstützt.

### STURM AUF DIE MONCADA

Dieser Staatsstreich bewirkte allerdings das genaue Gegenteil seiner Zielsetzung. Er sollte verhindern, dass die **Orthodoxe Partei** nach dem 1. Juli die Regierung bildete und schuf somit damit die Voraussetzung für eine Revolutionäre Bewegung, die im Gegensatz zu allen anderen Parteien (einschließlich der Kommunisten) die „**Beseitigung der Diktatur** und die **Befreiung der Gesellschaft**“ alleine im **bewaffnetem Widerstand** gegeben sah. **Castro** und seine Gruppierung konzipierten drei Entwicklungsformen: „**Aufstand, Generalstreik und Guerillakrieg**“. Der Aufstand sollte die Kasernen in **Santiago (Moncada)** und in **Bayamo** im Sturm erobern, die Männer mit Waffen ausrüsten und somit den militärischen Rückhalt für den **Generalstreik** bilden. Der Grundgedanke war: „die begonnene Revolutionen von **Cespedes, Agramonte, Maceo, Marti, Chibas** ist noch nicht beendet. Führen wir sie erfolgreich zu Ende.“ Würden aber **Aufstand** und **Generalstreik** scheitern, dann sollte von den Bergen **Orientes**, (Sierra Maestra) mit den erbeuteten Waffen ein **Guerillakrieg** geführt werden.

**Fidel Castro** wählte den 26. Juli 1952 für den Angriff, weil der Karneval in Santiago am „**Sonntag der heiligen Anna**“ seinen Höhepunkt erreichte und der „Aufmarsch“ im allgemeinen Trubel nicht besonders auffallen würde. Im Hauptquartier der Rebellen, eine Finca Namens **Mampriva** in **Siboney** hielt **Castro** eine letzte Ansprache:

„In ein paar Stunden werdet ihr siegreich sein oder geschlagen. Aber unabhängig vom Ergebnis wird diese Bewährung am Ende triumphieren. Wenn ihr heute gewinnt, dann werden sich die Hoffnungen Martis früher erfüllen. Sollte das Gegenteil eintreten, so wird unser Tun den Menschen in Cuba ein Beispiel geben, und es werden andere junge Männer im Volk aufstehen, die bereit sind, für ihr Land zu sterben. Sie werden unsere Fahne aufheben und weitermarschieren. Die Menschen der Provinz Oriente werden uns helfen, die ganze Insel wird dies tun. Ihr jungen

**Männer** (er bezog sich dabei auf das Jahr 1953 als das Jahr des hundertsten Geburtstag von Jose Marti), **lasst uns zur Hundertjahrfeier(...)wie seinerzeit die Rebellen von 1868 und 1895 hier in der Provinz Oriente erstmals den Ruf Freiheit oder Tod anstimmen!**“

20 Mann unter der Führung von **Abel Santamaria** besetzten das **Zivilhospital** gegenüber der **Moncada**. **Raul Castro** stürmte mit 6 Mann den **Justizpalast** und **Fidel Castro** griff mit 90 Mann, die als Soldaten verkleidet waren, die **Moncada Kaserne** an. Nicht alle Kämpfer waren diszipliniert und ortskundig und verfehlten im Verkehr den Weg zur Kaserne. So gelang es nicht, die **Moncada** zu erobern und die Besatzung gefangen zu nehmen. Das Gefecht blieb größtenteils außerhalb der Kaserne und nach rund einer Stunde befahl Fidel den Rückzug. Er sammelte die Entkommenen auf der Finca in **Siboney**; nur mehr 18 Leute waren fähig, ihm in die „Sierra Maestra“ zu folgen. Am 1. August wurden die halbverhungerten und geschwächten Revolutionäre von 15 Soldaten unter der Führung von **Teniente Pedro Sarria** gefangen genommen und entgegen dem Befehl lebend nach Santiago eskortiert. Dafür wurde er zwei Wochen später aus der Armee entlassen; nach dem Sieg der Revolution wurde **Sarria** zu einem Befehlshaber des Heeres ernannt.

### **DIE IDEE KANN MAN NICHT TÖTEN**

Von den 165 Angreifern wurden 61 im Kampf getötet oder bestialisch gefoltert und ermordet. Einem der Mitkämpfer, **Abel Santamaria** der den Rückzug gedeckt hatte und deshalb in die Hände der Militärs fiel, wurden die Augen ausgerissen und seiner Schwester **Haydee** präsentiert, um sie zum Reden zu zwingen.

Obwohl die Erstürmung der **Moncada** am 26. Juli scheiterte, signalisierte dieser Aufstand den Siegeswillen der **Moncadistas** und brachten eine machtvolle Bewegung hervor, die **M-26-7** (Movimiento de 26 de Julio).

### **DIE GESCHICHTE WIRD MICH FREISPRECHEN**

Die folgende Phase der **Revolution** (Vorbereitung und Sturm auf die **Moncada-Kaserne** in Santiago soll hier nur kurz gestreift werden (nachzulesen in vielen Publikationen). Der Prozess begann am 21. September 1953.. Die Verteidigung **Castros** vor dem Militärtribunal, wurde unter dem Titel „**Die Geschichte wird mich freisprechen**“ weltberühmt. **Castro** erklärte als sein eigener Verteidiger auf die Frage nach Mitverschwören: „**Der alleinige geistige Urheber des Überfalls (...) ist Jose Marti, der Apostel unserer Unabhängigkeit.**“ und legte in einer mehrstündigen Rede die Gründe dar, die zwangsläufig zur Revolution führen mussten. Es war eine einzige Anklage gegen das Regime **Batista**, gegen **Unterentwicklung, Armut, Analphabetismus, Krankheit, Kindersterblichkeit, Arbeitslosigkeit, Korruption und Prostitution.**

**„85% der Kleinbauern in Cuba sind Pächter und leben unter der ständigen Bedrohung, von ihrem Land vertrieben zu werden, das sie bebauen. Mehr als die Hälfte unseres ergiebigsten Landes ist in den Händen von Ausländern. In Oriente, der größten Provinz, reichen die Ländereien der United Fruit Company und der West-Indien Company von der Nord- bis zur Südküste. 200.000 Bauernfamilien haben nicht einen einzigen Hektar Land, das sie bebauen können, um ihren hungernden Kinder essen zu geben.... 90% der Kinder auf dem Lande werden durch Parasiten ausgezehrt, die vom Erdboden in ihre nackten Füße eindringen.“**

**Castro** und seine Mitkämpfer wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Es gelang, die Rede, „**La Historia Me Absolve**“ aus dem Gerichtssaal zu schmuggeln, sie wurde tausendfach vervielfältigt und hatte eine enorme Wirkung auf große Teile der Bevölkerung. **Fidel** entwickelte in seiner Anklage ein neues fortschrittliches Programm, das besonders für junge Menschen attraktiv war und bildete damit den ideologischen Kern des „**Movimento de 26 de Julio**“ (Bewegung des 26. Juli). **Castro** und seine Mitgefangenen verbüßten ihre Haft auf der KZ-Insel „**Isla de Pinos**“, der heutigen Jugendinsel. Nach einer Generalamnestie wurden die „**Moncadistas**“ am 15. Mai 1955 entlassen und gingen nach Mexico ins Exil.

## KALTER KRIEG KOMMUNISTENHAZ- BLUTIGE UMSTÜRTZE

Zu dieser Zeit befand sich der „**Kalte Krieg**“ auf seinem Höhepunkt. Die „**McCarthy Hysterie**“ setzte ein, Präsident **Eisenhower** verlangte, „**Kommunisten die Staatsbürgerschaft abzuerkennen**“ und in **Korea** schlug der Kalte Krieg in eine militärische Konfrontation der **USA** mit **Nord-Korea** um (1950 – 1953). Im selben Zeitraum putschen die **USA** gemeinsam mit der **britischen Regierung** und **British Petrol** den **Schah von Persien** an die Macht, weil die vom Volk gewählte Regierung **Mossadegh** gewagt hatte, die Nationalisierung des Erdöls in Erwägung zu ziehen. 1956 griffen die **USA** gemeinsam mit **Frankreich** und **Großbritannien Ägypten** an; Grund war der Versuch des Ägyptischen Staatspräsidenten **Gamal Abdel Nasser** den Suezkanal zu nationalisieren.

## CIA STÜRZT DEMOKRATISCH GEWÄHLTE REGIERUNG

1954 organisierte die **CIA** den Sturz der demokratischen Regierung **Arabenz** in **Guatemala**, die eine Landreform zugunsten der Landlosen und Kleinbauern durchführte. Vor allem deshalb, weil die US-Konzerne, allen voran die **United Fruit Companie** einen Großteil der fruchtbaren Gebiete in Besitz hatte, die nur zu einem Bruchteil genutzt wurden. Große Flächen lagen brach, während sich die verarmte Masse der einheimische Bevölkerung mit nur etwa 3% der Anbaufläche begnügen musste. (Rechtsberater und Vizepräsident der **United Fruit Companie**, war der spätere US-Präsident **Richard Nixon**).

Der Sturz der Regierung **Arabenz**, der bereits 1950 geplant wurde, diente später als Vorlage der Invasion am **Playa Giron**. (**Ernesto Guevara** war zu dieser Zeit in **Guatemala** und wurde von den Kämpfen in seiner später revolutionären Rolle entscheidend geprägt).

## GUERILLA IN DER SIERRA

Nach den nötigen Vorbereitungen für eine Rückkehr nach **Cuba** kauft die Gruppe zu der auch **Ernesto Guevara** gestoßen war, die Jacht „**Granma**“ und begann am 25 November 1956 die Überfahrt nach **Cuba**; durch Verrat wurden sie bereits bei der Landung vom Militär erwartet. Von den 81 Mann überlebten nur 12 bis 19 Kämpfer (dazu gibt es unterschiedliche Angaben) darunter **Fidel**, **Raul**, **Che** und **Camillo**.

Nach zwei Jahren Guerilla-Krieg in der Sierra traten die Kolonnen den Marsch in die Ebene an. Zahlreiche Streiks, die sehr große Opfer forderten, organisiert von den **Gewerkschaften** und bewaffnete Aktionen der Gruppen **M-26-7** bereitete den Boden für den Erfolg vor. **Frank Pais**, einer der Koordinatoren und wichtigster Mann in der **Provinz Oriente** wurde am 30. Juli 1957 verhaftet und ermordet. Am 1. Jänner 1959 zog die siegreiche Revolution in **Havanna** ein.

## LANDREFORM

Die siegreiche Revolution nahm als erstes die Verbesserung der materiellen Bedingungen in Angriff und begann die längst fällige **Landreform**. Zahlreiche Großgrundbesitzer flüchteten mit **Batista** in die Vereinigten Staaten; ihr Grundbesitz wurden landlosen Bauern zu Verfügung gestellt (46 % des fruchtbaren Bodens befand sich im Eigentum von nur 1,5 % der Bevölkerung). Am 27. Februar ließ die revolutionäre Regierung die Güter des Diktators und seines Clans einziehen. Zugleich begannen die Prozesse gegen die Mörder, Folterspezialisten und Vergewaltiger.

Anfang März wurden die **Telefontarife** und die **Mieten** um bis zu 50 % herabgesetzt. Rassismus wurde unter Strafe gestellt, und eine umfassende **Alphabetisierungskampagne** in Angriff genommen, an der tausende Schüler und Lehrer teilnahmen. Viele dieser „**Junglehrer**“ wurden von konterrevolutionären Banden ermordet. Um die Bauern von spontanen Landbesetzungen abzuhalten, verkündete **Fidel**, dass in Kürze ein **Agrarreformgesetz** mit dem Ziel, die Plantagen in Kooperativen umzuwandeln, verabschiedet würde. Er kündigte am 9. April allgemeine Wahlen an, „**wenn die Agrarreform durchgeführt sei, jeder Arbeitsfähige Arbeit habe, alle Kubaner lesen und schreiben könnten, alle Kinder ohne Schulgeld ihre Bildung erhielten und jeder unentgeltlich medizinisch betreut würde.**“

Entsprechend des Entwicklungsniveaus in der Landwirtschaft blieb der **private Grundbesitz** bis zu rund 400 ha bestehen und es wurden zwei soziale Eigentumsformen an Stelle des Agrar- bzw. Plantagenbesitzes beschlossen. Das „**genossenschaftliche Eigentum an Zuckerrohrplantagen**“, sowie das „**Staatseigentum an Viehgütern.**“ Die enteigneten Großgrundbesitzer hatten das gesetzlich verankerte Recht, eine dem Verkaufswert ihrer Farmen entsprechende Entschädigung zu erhalten. Die revolutionäre Macht nahm 41% der Nutzfläche (3,7 Mio. ha) in ihre Verwaltung, während 59% (5,4 Mio. ha) in privater Hand verblieben. Auf 155.000 Kleinbauern entfielen 2,5 Mio. ha; sie waren das soziale Rückgrat der Landreform. Nachdem auch noch die **innere Opposition** und **konterrevolutionäre Banden** zerschlagen waren und es in **Cuba** keinerlei Möglichkeiten mehr für einen Umsturz gab, setzten die **USA** vor allem auf die geflüchteten **Batista-Leute** und ihr Gefolge. Die „Flucht“ vor der Revolution nahm große Ausmaße an, zahllose Plantagenbesitzer, Hauseigentümer, Fabrikanten, aber auch Ärzte, Techniker und Lehrer „reisten“ recht überstürzt nach Miami. Die ersten reaktionären Organisationen begannen mit Unterstützung der US Regierung den Krieg gegen Cuba .

## WIRTSCHAFTLICHE ABHÄNGIGKEIT & IHR ENDE

Wie weiter oben bereits ausgeführt, war **Cuba** auf Grund der Handelsverträge ein **wirtschaftliches Protektorat** der USA. Im Zeitraum von 1902 bis 1956 gingen 73% der cubanischen Exporte in die USA, während Cuba etwa 71% seiner Importe von „drüben“ bezog. Durch die geographische Lage und die besonderen Zollregelungen, die im wesentlichen auf zwei Hauptgütern (Zucker, Tabak) ausgerichtet war, geriet Cuba in völlige finanzielle und kommerzielle Abhängigkeit der USA; mehr als jedes andere Land Lateinamerikas. Als erste wirtschaftliche Maßnahme gegen das **revolutionäre Cuba** verfügte die **Regierung Eisenhower** eine drastische Importbeschränkung von cubanischem Zucker und förderte gleichzeitig Bombenflüge zur Zerstörung der Zuckerrohrfelder, verschärfte das Waffenembargo und ließ den Schiffsverkehr mit der Insel abbrechen. Als Antwort auf die Ankündigung vom 29. Jänner 1960, die cubanische Zuckerquote auf dem US amerikanischen Markt völlig auszusetzen, schloss Cuba am 13. Februar ein erstes Handelsabkommen mit der **UdSSR** ab. Die **Sowjetunion** verpflichtete sich, von 1960 bis 1964 jährlich 1 Mio. Tonnen Zucker zu kaufen und einen 100 Mio. Dollarkredit mit einer 12 jährigen Laufzeit bei 2,5% Verzinsung zu gewähren.

## SABOTAGE & TERROR

Dann ging es Schlag auf Schlag. Die USA finanzierten und bewaffneten die **konterrevolutionären Gruppierungen**, die in Cuba Bomben und Brände legten, Überfälle organisierten und Krankheiten einschleppten. Dieser Terror forderten bis zum heutigen Tag rund 3.300 Todesopfer. Die am 4. März durch Sabotage verursachte Explosion eines französischen Schiffes, das in **Belgien** eingekaufte Waffen nach **Havanna** brachte, hatte die Bildung des **CDR** (Comites de Defensa de la Revolucion) zur Folge, das innerhalb kürzester Zeit 250.000 Frauen und Männer als Mitglieder zählte. Als sich die drei **Ölkonzerne Standard Oil, Shell und Texaco** weigerten sowjetisches Öl zu raffinieren, wurden sie im Juni nationalisiert. Am 6. Juli setzte die **Eisenhower** Administration für 1960 und die folgenden Jahre den letzten Rest der Zuckerquote aus. Noch am gleichen Tag verstaatlichte die cubanische Regierung 36 amerikanische Zuckerfabriken, sowie die Elektrizitäts- und Telefongesellschaften. Am 9. Juli warnte der sowjetische Staatschef **Chruschtschow** die USA vor einer militärischen Intervention in Cuba und bot der Insel wirtschaftliche und militärische Hilfe an. Am 17. September wurde das gesamte private Bankensystem nationalisiert und Mitte Oktober wurde das städtische Haus- und Grundeigentum zugunsten hunderttausender Mieter aufgehoben. Als die amerikanische Regierung am 19. Oktober jeglichen Warenexport nach Cuba verbot, verstaatlichte die cubanische Regierung noch am gleichen Tag 400 amerikanische und einheimische Betriebe. Am 25. Oktober wurden die letzten 166 größeren Unternehmen nationalisiert, womit sich 80% der industriellen Produktion in gesellschaftlichem Eigentum befand.

**Ernesto „Che“ Guevara** brachte eine Erklärung vom 23. März. 1960 die Sache auf den Punkt:

**„Es ist gut, eine deutliche Sprache zu sprechen (...) um etwas zu erringen, müssen wir es einem anderen wegnehmen (...) das Etwas, das wir erringen müssen – die Souveränität des Landes – muss einem jemand Namens Monopol weggenommen werden (...) unser Weg zur Freiheit beginnt mit einem Sieg über die Monopole, genauer gesagt, über die US-Monopole.“**

## OPERATION ZAPATA

Am 3. Jänner 1961 brach die USA die diplomatischen Beziehungen zu Cuba ab und gingen von der ideologischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzung zur offenen militärischen Konfrontation über. Die Operation **Zapata** am 17. April. 1961, ein Landeunternehmen am **Playa Giron**, wurde zum Desaster für die Invasionstruppen. Die **Brigade 2506** mit 1500 von den USA ausgebildeten, bewaffneten und mit militärischen Logistik unterstützten **Konterrevolutionäre** hatten die Aufgabe, an der **Bahia de Cochinos** (Schweinebucht) an Land zu gehen, einen Brückenkopf zu bilden, die als Basis für eine Marionettenregierung dienen sollte, mit dem Ziel nach Norden vor zu stoßen, um die Insel zu „**zerschneiden**“. **Kennedy** wollte diese „quasi selbst eingesetzte“ Regierung innerhalb von nur 48 Stunden diplomatisch anerkennen und sie durch die **Intervention amerikanischer Truppen** militärisch zu festigen. Aber bereits nach 72 Stunden war der Spuk vorbei; die mehr als 1000 Überlebenden wurden Monate später gegen Lebensmittel und Medikamente im Wert von 48 Mio. Dollar ausgetauscht. Interessant ist auch die Zusammensetzung dieser Invasionstruppe. Unter den 1.197 Gefangenen befanden sich: **100 Plantagenbesitzer, 67 Miethauseigentümer, 35 Besitzer von Fabriken, 112 Geschäftsleute, 179** lebten von **nicht erarbeitetem Vermögen, 194** waren **Ex-Batista Soldaten**; insgesamt repräsentierten sie **923.000 Morgen Land, 9.666 Gebäude und Miethäuser, 70 Fabriken, 12 Nachtclubs, 10 Zuckerfabriken, 5 Bergwerke und 3 Banken.**

## MORDBEFEHL & MENSCHENRECHTE

Mehrmals planten die **US Geheimdienste** die Ermordung **Castros**; die ersten Versuche wurden bereits in der Sierra gestartet. Ein als Journalist getarnter US Geheimdienstmann besuchte den Stützpunkt **Castros** und verriet die Koordinaten der Luftwaffe **Batistas**; glücklicherweise wurde nur das „**Scheinlager**“ bombardiert. Ein Bauer Namens **Eutimio Guerra**, der sich der Revolution angeschlossen hatte, wurde von der Polizei „umgedreht“ und sollte **Castro** im Schlaf erschießen; er wurde enttarnt und hingerichtet.

Nach dem Desaster in der **Schweinebucht** wurden die Mordpläne intensiviert. Zum Teil wurden völlig abstruse Pläne gewälzt, die fehlschlügen oder nicht zur Ausführung gelangten. **Eisenhower** war der erste der amerikanischen Präsidenten, der direkt die **Ermordung Castros** anordnete. Interessant dabei ist, dass sich die **CIA** stets krimineller Elemente aus dem Kreis der Mafia bediente, während die Finanzierung von der US Regierung und reichen Exilcubanern (zB **Baccardi**) übernommen wurde. Eine perfekte Symbiose aus **reaktionärer Politik**, **Big Business** und **Unterwelt** -und das alles im Namen von Demokratie und Menschenrecht.

In zahlreichen Publikationen und Dokumentationen gibt es immer wieder Hinweise auf einige dieser dubiose Figuren, vor allem im Zusammenhang rund um den **Kennedy-Mord** und dem von **Nixon** befohlenen Einbruch ins Hauptquartier der demokratischen Partei (**Watergate**). Unter den zahlreichen Präsidenten, die **Castro** kommen und gehen sah, haben nur zwei davon, **Carter** und **Ford**, den Mordbefehl ausgesetzt.

## INTERNATIONALIE SOLIDARITÄT

Dank der solidarischen Hilfe der Sowjetunion, der anderen sozialistischen Staaten und vor allem mit der Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der CubanerInnen, konnte sich die Revolution weiter stabilisieren. Die UdSSR verpflichtete sich bis 1965 jährlich 3 Mio. t Zucker abzunehmen, China erwarb 1 Mio. t. Der Vertrag mit den Sowjets sah eine langjährige Ausweitung des Zuckerkaufs zu einem Preis, der über all die Jahre stabil war und beträchtlich über dem Weltmarktpreis lag. Bezahlt wurde mit Rohöl, wobei die Cubaner den Überschuss gegen Devisen auf dem Weltmarkt verkaufen konnten (Bartergeschäft). Eine großzügige Wirtschaftshilfe versorgte Cuba mit Maschinen, Rohstoffen, Lebensmittel und andern Materialien, unter anderem mit dem Aufbau von Zement- Bau- Metall- Erdöl- Pharma und Fischereiindustrie.

## SABOTAGE UND BOMBENTERROR – PLAN MONGOOSE

Die amerikanische Regierung antwortete mit verstärktem politischem und diplomatischem Druck, mit Sabotage und Terror. Sie bezahlten und bildeten faschistische Gruppen aus, so die berüchtigten Gruppierungen **Alpha 66** und **Omega 7**, die auch in anderen Ländern zum Einsatz kamen (Nicaragua, El Salvador). Diese Gruppen verübten zahlreiche **Sabotageunternehmen**, **Überfälle** und **Bombenanschläge**, die etwa 3.300 Cubanern (darunter viele Frauen und Kinder) das Leben kosteten und Milliarden Schäden verursachten. Verschiedene Pläne zum Sturz und Ermordung aller drei Commandanten (**Che**, **Fidel** und **Raul Castro**) wurden unter der Regierung **Kennedy** weiter verfolgt. Anfang 1964 äußerte der Planungsstab des Außenministeriums seine grundlegenden Befürchtungen:

**„Die größte Gefahr, die Castro für uns darstellt (...) liegt im Einfluß, den allein die Existenz dieses Regimes auf die linken Bewegungen in vielen lateinamerikanischen Ländern ausübt (...) Es ist einfach so, dass Castro den erfolgreichen Widerstand gegen die USA und die Negation unserer gesamten, seit fast eineinhalb Jahrhunderten bestehenden Politik in dieser Hemisphäre repräsentiert. Cuba hat, als Symbol und Realität, die US-amerikanische Hegemonie in Lateinamerika in Frage gestellt.“**

### DER HÄSSLICHE AMERIKANER

Als Reaktion auf das Desaster der CIA in der Schweinebucht wurde die Operationsleitung der Umsturzpläne erfahrenen Militärs und Diplomaten unterstellt: US-General **Edward Landsdale**, später auch in Vietnam bei den berüchtigten „**Green Berets**“ als kommandierender Befehlshaber im Einsatz und für den Tod tausender Vietnamesen verantwortlich (er diente sogar als Vorlage für den Roman „**Der hässliche Amerikaner**“ von **William Lederer/Eugene Burdick**). Neben Botschafter **John Negroponte**, ein mit allen Wassern gewaschener „Putschdiplomate“ (Chile, El Salvador, Nicaragua, und jüngst im Irak) und Tausenden anderen Geheimdienstlern, waren die beiden exilcubanischen Terroristen **Luis Posada Carriles** und **Orlando Bosch** stets mit von der Partie. Zusammen sind sie für mehr als **100 Attentate in 25 Ländern** verantwortlich. Bosch hatte u.a. auch die organisatorische Funktion eines Quartiermeisters für die **nicaraguanischen Contras in El Salvador** inne. Das schlimmste Verbrechen verübten sie am 6. Oktober 1976, als sie ein cubanisches Verkehrsflugzeug mittels einer Bombe zum Absturz brachten; Ergebnis waren 73 Tote. **Carriles** rechtfertigte sich in einem Fernsehinterview damit, „**dass diese Leute ohnehin nur Kommunisten gewesen wären**“. Seine letzte „Heldentat“ war 1979 ein Bombenanschlag in einem Hotel in Havanna, das einem italienischem Touristen das Leben kostete. **Posada Carriles** plante auch zu einem Besuch **Castros** in **Venezuela** ein Bombenattentat. Der cubanische Geheimdienst vereitelte diesen Anschlag, bei dem auch zahlreiche Zivilisten betroffen gewesen wären. Castro trat vor die internationale Presse und informierte. **Carriles** wurde verhaftet, konnte aber durch die Bestechung seiner Wächter aus der Haft entkommen und gelangte auf illegalem Weg in die schützenden Arme der USA. Cuba stellt dem FBI das gesamte Material über dieses internationale Terrornetz zur Verfügung. Dessen ungeachtet wurde **Carriles** nur zu einer sehr milden Strafe verurteilt, weil er die US-amerikanischen Einwanderungsbestimmungen (!) verletzt hatte. Die Anklage wegen **Terrorismus** wurde nicht verhandelt; wenige Monate später wurde er von Präsident **Bush** begnadigt.

### FREE THE FIVE

Etwas anders ging die US Justiz mit den **5 Cubanern** um, die für die cubanische Staatssicherheit in terroristische Gruppen eingeschleust wurden. Nach der Übergabe des gesammelten Materials an die US Behörden über Angriffe und geplante Anschläge in Cuba, ging das FBI den Quellen nach, was zur Verhaftung der **5 cubanischen Patrioten** führt. Sie fassten, obwohl sie keinerlei amerikanische Gesetze verletzten, drakonische Strafen aus; 3 x lebenslänglich, 15 und 19 Jahre Zuchthaus; zu verbüßen in Einzelhaft und keine Besuchserlaubnis für die Angehörigen.

Die Pläne, die im Rahmen der Operation **Mongoose** (Mungo oder Manguste) ausgebrütet wurden, sind wirklich einer näheren Betrachtung wert. Unter anderem wurde unter dem Decknamen **Northwoods** geplant, ein mit Zivilisten besetztes Verkehrsflugzeug über dem Atlantik gegen eine unbemannte Maschine auszutauschen, nach dem Absetzen einer SOS Meldung diese über Cuba zu sprengen und den angeblichen Tod der Passagiere als Kriegsanlass zu nehmen (siehe Anhang).

## BIOLOGISCHE & CHEMISCHE KRIEGFÜHRUNG

Von Anfang Jänner 1962 existiert der Plan, während der **Zaffra** (Zuckerrohrernte) die cubanischen Zuckerrohrschneider durch den Einsatz biologischer und chemischer Gift außer Gefecht zu setzen. In den letzten Jahren, besonders während der **Periode Especial** wurden in Cuba einige Epidemien verzeichnet, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit künstlich herbei geführt wurden. 1972 und 1992 mussten bei einer landesweiten Schweinepest nahezu 1 Mio. Schweine getötet und verbrannt werden. Zum selben Zeitpunkt brachen bisher unbekannte Tabakkrankheiten aus (**Blaufäule**), es gab Rinder- und Geflügelpest, zehntausende kranke und verendete Schafe, Reisfäule, das beinahe ausgerottete **Denguefieber** trat großflächig wieder auf und andere Ergebnisse biologischer und chemischer Kriegführung verursachten enorme Schäden.

## STOPPT DIE BLOCKADE

Der letzte Teil beschäftigt sich mit dem direkten Wirtschaftskrieg, der ausschließlich von der US-Regierung geführt wird, der **Blockade**.

Diese Verletzung internationalen Rechts wurde 1962 von der US-Regierung als Instrumentarium während der so genannten „**Raketenkrise**“ angeordnet und nach Abzug der sowjetischen Mittelstreckenraketen aus Cuba zu einem wirtschaftlichen **Dauerdruckmittel** eingerichtet. Sie funktioniert unter anderem dergestalt, dass z.B. eine Reederei, deren Schiff einen cubanischen Hafen anläuft, **180 Tage Landeverbot** in den USA erhält (welche Reederei kann oder will sich das leisten) die wirtschaftlichen Schäden für Cuba bewegen sich in Milliardenhöhe.

## TORRICELLI & HELMS-BURTON-GESETZ

Ab 1963 mußte daher jedes Unternehmen mit Bestrafung rechnen, wenn es offen oder heimlich oder über ein Drittland Handelsbeziehungen mit Cuba unterhielt. Während der **Periode Especial** wurde mit dem **Toricelli-Gesetz** vom 23. Oktober 1992 die Blockade weiter verschärft (Regierung Bush I). Der **Cuban Democracy Act** (Demokratiegesetz für Cuba), nach seinem Verfasser **Toricelli**, einem Abgeordneten der demokratischen Partei **Toricelli-Gesetz** genannt, verlangte von allen anderen Staaten, keinerlei Kredite mehr zu gewähren und den Handel mit Cuba weiter einzuschränken, (betroffen davon waren vor allem der Handel mit Medikamenten und Lebensmittel); bei Nichtbefolgung drohten diesen Staaten empfindliche Sanktionen.

Die Schraube aber wurde noch weiter angezogen. Am 12. März 1996 unterzeichnete Präsident **Clinton** das so genannte **Helms Burton Gesetz**. Vorausgegangen war eine von langer Hand vorbereitete Provokation. Die Terrororganisation **Alpha 66** startete seit Monaten immer wieder Flüge in den cubanischen Luftraum um regierungsfeindliche Flugblätter abzuwerfen, worin zum **Sturz Castros** aufgerufen wurde. Am 24. Februar 96 starteten wieder 3 Flugzeuge vom Flughafen **Opa Locka** in Miami in Richtung Havanna. Laut **Miami Herold** wurden sie vom Flughafentower Havanna mehrfach gewarnt und informiert, dass die cubanische Verteidigungszone aktiviert sei und sie sofort abdrehen sollten. Die Warnung wurde ignoriert und die cubanische Luftwaffe schoss 2 der Maschinen ab; die 4 Toten waren amerikanische Staatsbürger cubanischer Herkunft.

Präsident **Clinton** nahm nur 2 Tage später diesen Zwischenfall zum Anlass, um **den bereits am 15. Februar 1995** eingereichten Entwurf zu unterzeichnen. Eingbracht wurde dieses Gesetz vom antikommunistischen Senator **Jesse Helms** (Republikaner). Co-



Autoren waren der Republikaner **Dan Burton** und der Abgeordnete **Lincoln Diaz-Balart**, ein naher Verwandter Batistas. Der Inhalt sollte die Wirksamkeit der Blockade weiter verschärfen, um das US Verständnis von „Demokratie“ zu beschleunigen. Der gesamte Charter-Flug Verkehr USA – Cuba wurde auf unbestimmte Zeit eingestellt, die Reisemöglichkeiten für in Amerika lebende Cubaner weiter erschwert, Reisen für US-Bürger nach Cuba wurde unter strenge Strafe gestellt (prominentes Opfer ist **Michael Moore**), die Reichweite des Piratensenders **Jose Marti** beträchtlich vergrößert, die Geldüberweisungen von Auslands Cubanern in ihre angestammte Heimat wurden stark eingeschränkt und alle ausländischen Firmen, die Kontakte zu Cuba unterhalten, wurden mit groben Sanktionen bedroht.

Dieses **Helms Burton Gesetz** wurde im 100-köpfigem Senat mit 77 zu 19 bei 4 Enthaltungen angenommen, wobei auch 27 Demokraten zustimmten; Senator **John Kerry** votierte dagegen. Im Repräsentantenhaus ergab die Abstimmung ein Verhältnis von 347 zu 67.

### **BAWAG – KEIN EINZELFALL**

Das Gesetz selbst brachte noch viele andere gravierende Auswirkungen mit sich. Ein Beispiel: die Schweizer **UBS** genießt als eine der wenigen ausländischen Banken das Privileg, neue US-Dollars auszugeben. Über diese Schiene hatte die cubanische Regierung den Eintausch von Devisen (zumeist Urlaubers Dollars) abgewickelt. Die amerikanische Regierung hatte die Bank, basierend auf dem **Helms Burton Gesetz** in Höhe von 100 Mio. Dollars verklagt (seither ist der Geldwechsel für Cuba zum Erliegen gekommen, bzw. muss über andere Kanäle erfolgen). Wie die **Neue Zürcher Zeitung (NZZ)** vom 21. Mai 2004 berichtet, gab der Bankchef folgende Erklärung ab: **„Wir akzeptieren diese Sanktionen, übernehmen die volle Verantwortung und möchten unser Bedauern ausdrücken.“** (Erinnerungen an die Bawag und Nowotny werden wach).

Die spanische Hotelkette **Sol Melia** wurde von einem Exilcubaner auf 10 Mio. Dollar verklagt, weil sie auf einem Teil seiner früheren Zuckerplantage ein Hotel errichtete; 1962 betrug der Wert des Grundstücks rund 3.000 Dollar. Ein kanadischer Geschäftsmann, der mit Cuba Geschäftsverbindungen unterhielt, wurde 2002 von einem Gericht in Philadelphia zu 10.000 Dollar und einem Jahr zur „Bewährung“ verurteilt; der Staatsanwalt hatte unter dem Hinweis auf **„20.000 (!) Seiten Belastungsmaterial“** 5 Jahre Haft gefordert.

Die USA drohen Cuba im **Helms Burton Gesetz** praktisch auch mit einer neuen Intervention. So heißt es im **§ 101**, falls es wieder zu einer Massenemigration von Cubanern in die USA komme, dann werde das **„als ein Akt der Aggression angesehen, dem entsprechend begegnet wird, um die Unantastbarkeit der nationalen Grenzen der Vereinigten Staaten sowie die Gesundheit und die Sicherheit des amerikanischen Volkes zu erhalten“**.

Die **§ 205** und **§ 206** bestimmen die Bedingungen, unter der die **Blockade** aufgehoben würde. Voraussetzung sei eine **„Übergangsregierung“** der **Fidel** und **Raul Castro** nicht angehören dürfen, außerdem müsse ein **„marktorientiertes ökonomisches System eingeführt“** werden, **„private Zeitungen und andere Massenmedien, alle Ländereien und andere Besitzungen“** müssten an frühere US-Eigentümer zurückgeben werden sowie **„freie und gerechte Wahlen“** sind Voraussetzung. Der **§ 109** regelt die Unterstützung von **„cubanischen Demokratie- und Menschenrechtsgruppen“** durch die USA. Derzeit pumpt die Regierung **Bush II** jährlich rund 80 Mio. Dollar in diese Kanäle. Eine komplette Liste der Provokationen wurde vom Zentralkomitee der PCC am 7. Mai 2004 veröffentlicht.

## PLAN BUSH

Durch den **Plan Bush** (Mai 2006) erfährt die Situation eine weitere Verschärfung. Es wurde ein Komitee gebildet, dem unter anderem der ehemalige Kriegsminister **Collin Powell** und die derzeitige Außenministerin **Condoleezza Rice** angehören; auch ein Gouverneur (**Jener McCarry**), der wie im Irak, einen geordneten Übergang zur Demokratie vorbereiten soll, wurde bereits bestellt.

Eine andere Maßnahme ist die „**Erweiterung der Rechte cubanischer Emigranten**“. Unter den Präsidenten **Ford** und **Carter** gab es Vereinbarungen, dass jährlich bis zu 20.000 ausreisewillige cubanische Staatsbürger mittels **Green Card** in die USA einreisen können. Diese Quote wurde nie eingehalten; die Zahl der legal eingereisten Cubaner bewegte sich in sehr engen Grenzen von etwa 700 Personen jährlich. Dem gegenüber werden illegalen Cubaflüchtlingsen beste Bedingungen für einen „Neustart“ in den USA garantiert. Auch diese Variante erhielt kürzlich eine neue Dimension. Bekanntlich befinden sich etwa 60.000 bis 80.000 cubanische Ärzte, Krankenschwestern, Ingenieure, Lehrer und Trainer in verschiedenen Entwicklungsländern, um Gesundheitssysteme, Schulen und Sozialeinrichtungen aufzubauen und in Schwung zu halten. Zum Teil wird die Leistung von den jeweiligen Regierungen bezahlt (Venezuela liefert Öl); andere, besonders arme afrikanische Länder, bekommen diese Leistungen im Rahmen der **Internationalen Solidarität** zu besonders günstigen Konditionen. Die US-Regierung ruft nun ganz gezielt diese cubanischen Fachleute auf, ihre Posten zu verlassen und in die USA zu emigrieren, wo sie „Milch und Honig“ erwarten. Sollten diese Verlockungen zu massenhafter „Flucht“ in die USA führen, hätte das auch verheerende Folgen für die von Cuba betreuten Entwicklungsländer, denn Cuba würde sicher einen Großteil des Personals abziehen.

Dies alles ist nur ein winziger Ausschnitt der kriminellen Aktionen der anticubanischen Mafia und der US-Regierung, wobei es fast völlig egal ist, wie der jeweilige Präsident heißt und aus welchem Lager (Republikaner oder Demokraten) er kommt.

Die erpresserischen Sanktionen, die Anschläge und die Blockade haben neben großem persönlichem Leid auch wirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe verursacht und behindern die gesamte Entwicklung der cubanischen Gesellschaft weiterhin ganz enorm.

## CUBA – EIN SOZIALISTISCHES PARADIES?

Unsinnig und falsch wäre die Behauptung, Cuba sei das (sozialistische) Paradies schlechthin, aber seine sozialen Errungenschaften und unter welchen Bedingungen sie zustande kamen, lassen dieses Land in **besonderem Licht** erscheinen.

In einem international erhobenen **Index der Lebensqualität** von 1996 lag Cuba unter 160 Ländern auf dem 8 (!) Platz. Zwischen damals und heute liegt der tiefe Absturz der cubanischen Wirtschaft um etwa 80% durch den Zusammenbruch der sozialistischen Staaten, wobei sich aber die Frage erhebt, welche andere Gesellschaft wohl eine derartige Katastrophe überlebt hätte.

Es folgten die bitteren Jahre der **Periode Especial** mit all seinen gravierenden Folgen, unter denen die Bevölkerung teilweise auch noch heute zu leiden hat.

- Der öffentliche Verkehr brach beinahe vollständig zusammen; (Treibstoff- und Ersatzteilmangel).
- zahlreiche Betriebe mussten geschlossen werden. Um Arbeitslosigkeit in größerem Stil zu vermeiden, wurden hunderttausende Werktätige in der sehr unproduktiven Landwirtschaft eingesetzt
- Strom gab es manchmal nur für 1 Stunde am Tag
- bestimmte Medikamente wurden zur Mangelware.
- Lebensmittel wurden streng rationiert, es drohte bereits akute Hungersnot, dazu kamen noch viele andere Einschränkungen mehr.

Aber, keine einzige Arztpraxis, Poliklinik oder Krankenhaus wurde geschlossen. Alle Kindergärten und Schulen hielten, wenn auch nur mit großen Mühen, ihren Betrieb aufrecht. Alle Schwangeren- Alten- und Behinderteneinrichtungen blieben bestehen oder wurden noch ausgebaut. Die Masse der Cubanerinnen und Cubaner musste schwere Einbußen ihrer Lebensqualität in Kauf nehmen, standen aber trotz alledem in ihrer großen Mehrheit fest zur **Revolution** und zu **Fidel**.

### **WIR MUSSTEN UNS DIE HAND ABHACKEN, UM DEN KOPF DER REVOLUTION ZU RETTEN**

Viele Bereiche der Wirtschaft mussten reorganisiert werden, staatliche Güter wurden in Kooperativen umgewandelt, private Bauern und Fuhrunternehmen wurden wieder zugelassen. Gleichzeitig ergab sich dadurch die Chance, defizitäre Betriebe völlig zu schließen und die Insel vom **Diktat der Zuckermonekult** zu befreien (viele Anbauflächen wurden für Gemüse und Obstanbau rekultiviert). Mühsam erholte sich die Wirtschaft, aber es ging wieder aufwärts; Cuba hat seit 2002 Jahren ein Wachstum zwischen 4,7% und 12,3%, in manchen Bereichen wurde der Stand von 1998 bereits wieder erreicht bzw. weit überholt (Gesundheit, Soziales und Bildung). Die Löhne, Gehälter und Renten wurden kräftig erhöht und das alles bei dem zunehmendem politischem und wirtschaftlichem Druck der USA.

Nicht vergessen darf man dabei die enormen Ausgaben für das Militär, was aber auf Grund der Bedrohung durch das **Imperium** unabdingbar ist. Nach dem Fall des Sozialismus und besonders nach der schweren Erkrankung Fidels im Sommer 2006 waren die Erwartungen der US-Administration und ihrer Handlanger riesengroß. In amerikanische Wettbüros konnte man sogar auf den genauen **Day of Fall down** tippen. Maklerbüros im Miami boten Grundstücke, Strände, Fabriken und Häuser zum Kauf an. Ungleich bedrohlicher allerdings waren und sind die Vorbereitungen zur **Abrechnung**. Führende Exilgruppen haben bereits mit der US-Administration Abkommen über „**48 Stunden rechtsfreien Raum**“ vereinbart (d.h. alle Verbrechen, die während dieser Zeit verübt werden, sind straffrei gestellt)

## BUENA VISTA

In zahlreichen Staaten Lateinamerikas beginnen die Uhren anders zu ticken; die große Mehrheit der Bevölkerung hat genug von Ausplünderung und Rechtlosigkeit und hat in Bolivien, Venezuela, Brasilien, Argentinien, Uruguay, Chile und Nicaragua links orientierte Regierungen gewählt. Durch die **bolivarischen** Veränderung und Reformprozesse in Venezuela und dem Wahlsieg von Evo Morales in Bolivien hat die cubanische Revolution an weiterer Festigkeit gewonnen. Ein Großkredit und verstärkte Handelsbeziehungen mit China ermöglichte Cuba die Modernisierung von Fabrikanlagen, Krankenhäusern und dem öffentlichen Verkehr. Mit Venezuela wurden 17 Großprojekte vereinbart und der so genannte **ALBA** (Alternativa Bolivar para las Americas) bei dem Venezuela, Bolivien, Cuba und Nicaragua Mitglieder sind (Ecuador erwägt den Beitritt) wurde als Gegenstück auf solidarischer Basis zur „Globalisierung“ eingerichtet. Darüber hinaus gibt es noch den **Merco Sur** eine lateinamerikanische Freihandelszone, bei dem Venezuela und Cuba keine Mitglieder sind und der über aktive Handelsbeziehungen zur EU verfügt. Alles natürlich unter der Voraussetzung einer friedlichen Entwicklung und dass die USA in einem dieser Länder weder einen Putsch oder Krieg planen und/oder finanzieren.

Cuba hat, wie erwähnt, 60.000 bis 80.000 Mediziner, Lehrer, Ingenieure und Techniker im Auslandseinsatz und bildet zehntausende vorwiegend aus Lateinamerika stammende (auch US-amerikanische) Studenten zu ÄrztInnen, LehrerInnen, IngenieurInnen, ...aus. Als einziges Land der Welt betreut Cuba noch immer kostenlos Kinder aus **Tschernobil** und die **Operation Milagros** (Wunder), bei der Blinde aus ganz Lateinamerika wieder sehend gemacht werden, ist beispieillos. Venezuela stellt die Transportflugzeuge.

Das cubanische Gesundheitssystem wurde von der **Weltgesundheitsorganisation** (WHO) ebenso ausgezeichnet wie die Schulbildung durch die **UNESCO**. Cuba ist, aus der Not der Blockade geboren, weltweit führend in der **Grünen Medizin**. Das alles (und noch wesentlich mehr) leistet (sich) ein kleines Land kaum größer als Österreich, das aber im Gegensatz zu Cuba zu den reichsten Ländern der Erde zählt.

## WER BEDROHT WEN?

Cuba bedroht niemand, also bestünde auch keine Notwendigkeit für hohe Militärausgaben. Einzuberechnen ist dabei auch noch, dass viele tausend, zumeist junge und leistungsfähige Menschen durch den Militärdienst der Volkswirtschaft entzogen werden; trotzdem tut Cuba gut daran, diesen geldverschlingenden Apparat aufrecht zu erhalten.

Man muss nur kurz in der Geschichte zurückblicken. Bei beinahe jedem **Putsch**, Intervention oder **Krieg** in der zweiten Hälfte des XX-Jahrhunderts waren die USA, direkt oder indirekt beteiligt: **Korea, Dominikanische Republik, Haiti, El Salvador, Vietnam, Laos, Kampuchea, Chile, Griechenland, Nicaragua, Grenada, Panama, Bolivien, Irak/Iran, Jugoslawien, Afghanistan, Irak**,... mit Millionen Toten, Witwen, Waisen, verstümmelten Menschen und zerstörten Volkswirtschaften. Ganz oben auf der noch zu „erledigenden Aufgaben“ steht **Freedom and Democracy** für die „Schurkenstaaten“ **Cuba, Nordkorea, Syrien und Iran**.

Nach dem der brasilianischen Militärputsch zig-tausenden Menschen das Leben gekostet hatte, feierte Kennedys Botschafter Lincoln Gordon „**den größten Sieg, den die Freiheit in der Mitte des 20. Jahrhunderts errungen**“ hat. Die demokratische Rebellion würde dazu beitragen, die „**Exzesse**“ der gestürzten (ohnein sehr gemäßigten) linken Regierung „**zurückzustutzen**“ und die nunmehr an der Macht befindlichen „**demokratischen Kräfte**“ würden „**ein stark verbessertes Klima für private Investitionen**“ schaffen.

## INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Die Hauptlast der **Verteidigung der Revolution** trägt die Bevölkerung Cubas. Aber auch die **internationale Solidaritätsbewegung** hat einen Teil zu ihrer Verteidigung beigetragen. Es ist nicht mehr oberste Priorität mit Solidaritätsspenden einzuspringen, obwohl auch diese Form der Hilfe noch immer nötig ist und vorerst nicht eingestellt werden sollte. Von größerer Wichtigkeit aber ist die **politische Solidarität**, denn Cuba ist die Hoffnung von Millionen Menschen, für die eine „andere Welt“ machbar erscheint. Es darf nicht zugelassen werden, dass die mit viel Blut erkämpften Errungenschaften der Revolution zerstört werden. Der **Handelskrieg der Vereinigten Staaten gegen Cuba** ist von fast jedem internationalem Forum von Bedeutung verurteilt worden. Selbst die Rechtskommission der normalerweise willfährigen **Organisation Amerikanischer Staaten** (OAS) hat ihn für illegal erklärt. Auch Papst Paul II. verurteilte anlässlich seines Cuba Besuchs (1998) die unmenschliche Blockade und forderte ihre Aufhebung. Die EU forderte die **Welthandelsorganisation** (WTO) auf, das Embargo zu verurteilen. Die Regierung Clinton reagierte darauf mit der Bemerkung, dass **„Europa drei Jahrzehnte amerikanischer Cuba-Politik, die bis zur Ära Kennedy zurückreicht und auf die Erzwingung eines Regierungswechsels in Cuba zielt, in Frage stellen würde.“** Außerdem wurde erklärt, dass die **WTO** nicht die Kompetenz habe, über Fragen der nationalen Sicherheit und deren Gesetzgebung zu entscheiden.

Die Abstimmungen bei der jährlich stattfindenden UN-Generalversammlung gibt, wenn der cubanische Antrag zur **Aufhebung der Blockade** zur Debatte steht, das besondere Stimmungsbild wieder.

Im letzten Jahr stimmten von 191 Mitgliedsstaaten bei **sieben Abwesenheiten, einer Enthaltung** (Mikronesien) und **vier Gegenstimmen** (USA, Israel, der Inselstaat Palau und den Marshal-Inseln) **179 Staaten** für die Beendigung der menschenrechtswidrigen Blockade.

Die wichtigsten der vor uns liegenden Aufgaben sind:

- **Freilassung der 5 inhaftierten cubanischen Patrioten aus der US Haft**
- **Durchsetzung des Prinzips der Nichteinmischung in innercubanische Angelegenheiten**
- **Stopp der Blockade**
- **Schließung des Stützpunktes von Guantanamo**

Dafür müssen wir kämpfen und unsere Regierungen zwingen, normale Beziehungen zu Cuba aufzubauen und sich dem Druck des Imperiums nicht zu beugen.

Venceremos

Stefan Krenn

**verwendete Literatur:**

Horst Schäfer: „Im Fadenkreuz Kuba“	Kai-Homilius Verlag
Günter Neuberger/Michael Opperskalsky: CIA in Mittelamerika	Lamuv-Verlag
Eduardo Galeano: „Die offenen Adern Lateinamerikas“	Peter Hammer Verlag
Robert Lessmann „Che Guevara“	Dietrichs
Albert Norden: „So werden Kriege gemacht“	Diez – Verlag Berlin
Jürgen Hell: „Geschichte Kubas“	Verlag Deutscher Wissenschaften
„Der lange Kampf Lateinamerikas“ Texte und Dokumente von Jose Marti bis Salvador Allende	Surkamp
Jim Garrison: „Wer erschoss John F. Kennedy“	Bastei/Lübbe
Freitag 38 vom 22. September 2006	
„Wolfgang Schneider: „Kuba Libre“	Konkret Verlag
Hugo Chavez: im cubanischem TV vom 18. Februar 2007	
„Commandante“ TV-Dokumentation von Oliver Stone	
Peter G. Bourne „Fidel Castro“	Econ
Noam Chomsky „Hybris“	Piper
Miguel Barnet „Der Cimaron“	Surkamp

**Anmerkung:**

Periode Especial

Der Zusammenbruch des real sozialistischen Lagers führte zu einschneidenden Auswirkungen in Cuba. Tausende Projekte und Bausstellen, die von sowjetischen, DDR, ungarischen, tschechischen und bulgarischen Ingenieuren und Baufacharbeitern betrieben wurden, werden über Nacht eingestellt. Die Wirtschaft stürzte um etwa 80 % ab. Besonders dramatisch wirkte sich die Entwicklung am Nahrungsmittelsektor aus, es kam zu bedrohlichen Engpässen. Der durchschnittliche Verbrauch von etwa 2.900 Kalorien sank innerhalb von nur zwei Jahren pro Kopf und Tag auf 1.780 (in westlichen Industriestaaten liegt er bei 3.500 Kalorien täglich). Die Regierung führte eine strenge Rationalisierung von Lebensmitteln ein. Über die „Libretto“ eine Lebensmittelkarte, die Mitte der 60 er Jahre eingeführt wurde, konnte die Bevölkerung sehr geringe Mengen von Fleisch, Fisch, Öl, Salz, Eier, Zucker, Seife ..... erhalten die allerdings stark verbilligt. Diese Mengen reichten gerade zum Überleben; dem Land drohte eine Hungerkatastrophe, die akute Not wurde durch chemische und biologische Kriegsführung und die US - amerikanische Blockade zusätzlich verschärft.

## LITERATURTIPS

- „...Wenn wir überleben wollen“ Fidel Castro/Globus-Verlag
- „Nachtgespräche mit Fidel“ Frei Betto/Exodus-Verlag
- „Fidel Castro“ Peter G. Bourne/ECON
- „Der neue Mensch“ Ernesto Che Guevara/Globus-Verlag
- „Episoden aus den Revolutionskriegen“ Ernesto Che Guevara/Reclam
- „Brandstiftung oder Neuer Friede“ Ernesto Che Guevara/Ro aktuell
- „Che Guevara und die Revolution“ Fischer
- „Che“ Paco Ignacio Taibo II /Nautilus
- „Kuba Libre – Eine Insel spielt nicht mit“ /Konkret
- „Im Fadenkreuz: Kuba“ Horst Schäfer/Kai Hamilius-Verlag
- „Die offenen Adern Lateinamerikas“ Eduardo Galeano/Peter Hammer-Verlag
- „CIA in Mittelamerika“ Neuberger/Opperskalsky/Lamuv
- „CIA Komplotte gegen die dritte Welt“ Kunhanandan Nair/Militärverlag DDR
- „Der lange Kampf Lateinamerikas“ Surkamp
- „Wer erschoss John F. Kennedy“ Jim Garrison/Bastei-Lübbe
- „Schwarzbuch Weißes Haus“ Wilhelm Dietl/AREA
- „Ami go home“ Langthaler/Pirker/Pro Media
- „War against People“ Noam Chomsky/Europa
- „Hybris“ Noam Chomsky/Piper
- „Piraten der Karibik – Achse der Hoffnung“ Tariq Ali/Dietrichs
- „Only in Miami – Alpha 66“ Editora Politica/Havanna
- „Cuba Si“ Periodische Zeitschrift der Österreich-Kubanischen Gesellschaft
- „Bericht von der Verwüstung der westindischen Länder“ Las Casas
- „Der Cimaron“
- „weltmacht ITT“ A. Sampron/Gutenberg
- „Reagan und die geheimen Kriege der CIA“ Bob Woodward/Droemer-Knaur





# ANHÄNGE

## ZEITTADEL

### 1953

Januar Amtsantritt Präsident **Eisenhower**  
 August *CIA-Staatsstreich in Iran*

### 1954

Juni *CIA-Staatsstreich in Guatemala*

### 1958

Juli US-Botschafter in Kuba für „Eliminierung“ von Castro und Revolutionären  
 Dez. USA lehnen erneut Gesprächsangebot von Castro ab

### 1959

1. Januar **Regierungsübernahme durch Fidel Castro - Batista flüchtet**  
 10. März Im Nationalen Sicherheitsrat wird „andere Regierung“ in Kuba gefordert  
 11. Dez. CIA beginnt mit Planung für „Eliminierung“ Castros und Invasion

### 1960

13. Jan. CIA-Direktor Dulles legt „Geheimprogramm zum Sturz Castros“ vor  
 16. März CIA präsentiert Plan für Invasion in der Schweinebucht  
 17. März **Eisenhower-Regierung beschließt Schweinebucht-Invasion**  
 März-Aug. Gift-Pläne gegen Castro – vergiftete Zigarren, Schuhe, Rundfunkstudio  
 20. Juli Erster Mordauftrag an CIA-Havanna – „Unfall“ von Raul Castro geplant  
 23. Juli CIA informiert Präsidentschaftskandidat **Kennedy** über Invasionspläne  
 18. August *US-Regierung gibt grünes Licht für Beseitigung Lumumbas*  
 Aug.-Sept. CIA heuert **Mafia** für Castro-Mord an  
 Oktober FBI entdeckt Zusammenarbeit CIA-Mafia  
 November **John F. Kennedy** gewinnt Wahlen knapp vor Nixon  
 1960-1963 Zahlreiche Boykottgesetze gegen Kuba beschlossen

### 1961

3. Januar **USA brechen diplomatische Beziehungen zu Kuba ab**  
 Januar Mafia schickt Giftpillen aus CIA-Labors nach Kuba  
 17. Januar *Lumumba ermordet*  
 22. Jan. **Präsident Kennedy** vereidigt  
 Februar CIA-Abteilung für „Executive Action“ (Auftragsmord) gebildet  
 17.-19. April **Invasion in der Schweinebucht**  
 20. April Nächster Plan für Sturz Fidel Castros  
 30. Mai Trujillo ermordet  
 Okt.-Nov. Vorbereitungen von **Operation Mongoose** beginnen

### 1962

20. Februar Mongoose-Plan: **Sturz der Regierung Castro bis Oktober**  
 13. März US-Generalstab legt Plan für **Operation Northwoods** vor  
 April Mordvorbereitungen von CIA und Mafia gegen Castro werden verstärkt  
 Juli/Aug. CIA erhöht durch Sabotagetätigkeit Druck auf Kuba  
 23. August J.F. Kennedy fordert bei Anti-Kuba-Aktionen „größtmögliches Tempo“  
 7. Sept. Vorsorgliche **Mobilisierung von 150.000 Soldaten** durch JFK.  
 13. Sept. Vorbereitungen für Bildung einer „kubanischen Brigade“  
 Anf. Okt. CIA bereitet 10 Sabotagetrupps zur „Unterstützung von US-Militäroperationen“ vor  
 4. Okt. Sondergruppe des NSC beschließt „beträchtlich mehr Sabotage“  
 12. Okt. Flottenaufmarsch um Kuba beschlossen  
 15. Okt. Manöver Phibriglex-62 beginnt – Ziel: **Beseitigung von „ortsac“ (Castro)**  
 16. Okt. U-2 Fotos zeigen deutlich **Raketenstellungen auf Kuba**  
 22. Okt. **US-Kriegsflotte blockiert Kuba**  
 28. Okt. **Abzug UdSSR-Raketen**. USA: Nichtintervention in Kuba, Raketenabzug Türkei

November US-Regierung beschließt weitere Sabotageeinsätze, auch „autonomer Exilgruppen“  
Weihnachten Kuba entlässt 1113 Schweinebucht-Invasoren

**1963**

Januar Regierung setzt Operation Mongoose unter anderem Namen fort  
Jan.-Frühjahr Neue CIA-Mordpläne: Vergifteter Tauchanzug und Sprengstoff in Muscheln  
23. April **US-Regierungsplan: Sturz Castros in 18 Monaten**  
Mai/Juni **CIA blockiert Versuche Fidel Castros zur Annäherung Kuba-USA**  
19. Juni US-Regierung beschließt weitere Sabotageakte in Kuba  
September Mordplan mit kubanischem Spitzenagenten Cubela  
20. Sept. **Präsident Kennedy billigt Sondierungen Kuba-USA, Verständigungsrede vor UN**  
29. Okt. CIA trifft sich zur Vorbereitung des Castro-Mordes mit Cubela in Paris  
31. Okt. **Castro lädt US-Botschafter ein zu Vorbereitungsgesprächen für Gipfeltreffen**  
5. Nov. **Kennedy stimmt Gesprächen zu**  
18. Nov. US-Botschafter Attwood teilt Castro Gesprächsbereitschaft mit  
22. Nov. CIA übergibt Cubela Gift und Waffen.  
22. Nov. **Kennedy in Dallas ermordet**  
22. Nov. Vizepräsident **Johnson** als neuer US-Präsident vereidigt  
24. Nov. Angewerbter Kennedy-Mörder Oswald durch Mafioso Jack Ruby erschossen

**1964**

Jan.-Dez. Sabotageakte und Mordvorbereitungen fortgesetzt

**1965**

3. Jan. Top-Agenten Artime und Cubela: CIA-Auftrag für Umsturz und Mord  
23. Juni CIA stellt Kontakt zu Spitzenagenten Cubela aus Sicherheitsgründen ein  
30. Juli Mafia und Baecardi-Chef spenden 150.000 Dollar für Castro Mord

**1967**

April Interner CIA-Bericht über Mordversuche an Castro und Mafia-Zusammenarbeit  
9. Okt. **Che Guevara in Bolivien offenbar von exilkubanischen CIA-Terroristen ermordet**

**1969**

Januar Nixon als Präsident vereidigt

**1970**

24. Oktober Allende zum Präsidenten Chiles gewählt  
25. Oktober Chiles Generalstabschef Schneider stirbt nach Mordanschlag mit US-Beteiligung

**1972**

Watergate-Skandal mit Beteiligung exilkubanischer Terroristen

**1973**

11. Sept. Allende durch US-unterstützten Putsch gestürzt und getötet

**1974**

9. August **Nixon muss zurücktreten, Vizepräsident Ford neuer Präsident**

**1975**

März-Nov. Church-Ausschuss des US-Senats enthüllt Mordpolitik der CIA  
20. Nov. Mordreport veröffentlicht

**1976**

Jan. George Bush I wird CIA-Direktor  
Exilkubanische Terrorgruppe CORU von Bosch gegründet  
21. Sept. Chiles Ex-Außenminister Letelier in Washington mit CORU-Beteiligung ermordet  
6. Okt. CORU-Bombenattentat auf kubanisches Flugzeug – 73 Tote  
CORU-Terroristen Bosch und Posada in Venezuela verhaftet und eingesperrt

<b>1977</b>	
Jan.	<b>Carter</b> als Präsident vereidigt
<b>1981</b>	
Jan.	<b>Reagan</b> neuer Präsident Bis Mitte der 80er Jahre US-Krieg der Contras gegen Nicaragua
<b>1983</b>	
25. Okt.	<i>US-Überfall auf Grenada</i>
<b>1989</b>	
Januar	<b>George Bush I.</b> Präsident Bush setzt sich für Terrorist Orlando Bosch ein
20. Dez.	US-Überfall auf Panama
<b>1990/91</b>	<i>Irak-Krieg „Wüstensturm“</i>
<b>1992</b>	
23. Okt.	Präsident George Bush I. unterschreibt antikubanisches <b>Torricelli-Gesetz</b>
<b>1993</b>	
Januar	<b>Bill Clinton</b> als Präsident vereidigt
<b>1996</b>	
24. Februar	Zwei Flugzeuge der „Brüder zur Rettung“ von kubanischer Luftabwehr abgeschossen
26. Februar	Clinton kündigt als Reaktion Verabschiedung des Helms-Burton Blockadegesetzes an
12. März	Präsident unterzeichnet <b>Helms-Burton Gesetz</b>
<b>1998</b>	
12. Sept.	<b>Kubanische Aufklärer in Miami</b> wegen Spionage verhaftet
<b>2000</b>	
Nov.	Prozess gegen <b>Miami Five</b>
<b>2001</b>	
Januar	<b>George W. Bush</b> beginnt erste Amtszeit als Präsident
8. Juni	Miami Five schuldig gesprochen
27. Dez.	<b>Dreimal lebenslänglich, 19 und 15 Jahre Haft für Miami Five</b>
<b>2003</b>	
März	<i>US-Überfall auf Irak</i>
<b>2004</b>	
Mai	<b>Bush-Regierung</b> beschließt umfassende Maßnahmen zum Sturz der Regierung Castro
Juni	Einschneidende US-Reise-, Handels- und andere Beschränkungen treten in Kraft
28. Okt.	<b>UN lehnt US-Blockade zum 13. Mal in Folge ab - mit 179 gegen 4 Stimmen</b>
3. Nov.	George W. Bush erneut gewählt
<b>2005</b>	
18. Januar	Bush's Sicherheitsberaterin Rice erklärt Kuba zum „Vorposten der Tyrannie“ (outpost of tyranny)
Januar	Condoleezza Rice wird vom US-Senat als Außenministerin betätigt

---

*Jürgen Rose*

## **Deckname "Northwoods"**

**VERSCHWÖRUNG ZUM STAATSTERRORISMUS** ■ *Wie US-Generäle eine Intervention gegen Kuba planten*

Spätestens seit der Schweinebucht-Invasion im April 1961 konnten kaum noch Zweifel bestehen, dass die USA entschlossen waren, ihre revolutionäre Nachbarschaft auf Kuba los zu werden. Doch wie weit dabei die politischen Absichten in konkrete militärische Planungen übergingen - dies blieb bisher eher der Spekulation überlassen. Nun aber belegt ein seit kurzem zugängliches Dokument des US-Generalstabs, wie präzise und detailliert die Szenarien einer Kuba-Intervention ausgearbeitet waren. Selten wird man Zeuge eines solchen Offenbarungseids.

Da trifft es sich, dass jüngst die Sperrfrist für ein einstmals mit dem Geheimhaltungsvermerk "TOP SECRET" versehenes Memorandum des Pentagon für eine unter dem Decknamen *Northwoods* geplante Operation abgelaufen ist. Verfasst wurde die Studie vom US-Generalstab und am 13. März 1962 von General L. L. Lemnitzer unterzeichnet, damals Generalstabschef der US-Streitkräfte und später Oberbefehlshaber der NATO in Europa. Als Motiv des Dossiers wird angegeben: "Rechtfertigung für eine militärische Intervention der USA in Kuba".

## Freitag 38

22.09.2006

Dokumentation

### Flugzeugabschüsse simulieren

DAS "CUBA PROJECT" ■ Eine Serie gut koordinierter Vorfälle

Politik

Kultur

Literatur

Start

Service

Recherche

Als am 13. März 1962 General Lemnitzer, der Vorsitzende der vereinigten Stabschefs der US-Armee, sein Memorandum an Verteidigungsminister Robert McNamara schickt, geht es vor allem darum, wie die Umstände für eine Intervention gegen Kuba durch - wie es wörtlich heißt - "Provokation" der Kubaner und "Täuschung" der Weltöffentlichkeit herbei geführt werden können. Wie dokumentieren in Auszügen die Liste der Maßnahmen des *Cuba Project* (Deckname "Northwoods"), die seinerzeit als geeignet galten, dieses Ziel zu erreichen.

1. Da es wünschenswert wäre, legitime Provokation als Basis für eine US-Militärintervention in Kuba zu benutzen, könnte ein Täuschungsplan ... ausgeführt werden, um zunächst kubanische Reaktionen zu provozieren. Belästigungen und Täuschungsaktivitäten sollen die Kubaner überzeugen, dass eine Invasion bevorsteht. Unsere militärische Bereitschaft während der Ausführung des Planes würde es uns erlauben, schnell von Übungen zur tatsächlichen Intervention überzugehen, sobald die kubanischen Reaktionen dies rechtfertigen.

2. Eine Serie gut koordinierter Vorfälle wird geplant, die in und um Guantanamo herum stattfinden und den Eindruck erwecken sollen, als seien sie von feindlichen kubanischen Streitkräften ausgeführt worden.

a) Vorfälle, um einen glaubhaften Angriff zu fabrizieren (nicht in chronologischer Ordnung)

(1) Gerüchte streuen (viele). Heimlich Radio verwenden.

(2) Uns freundlich gesonnene Kubaner in Uniform über den Zaun klettern und einen Angriff auf den Stützpunkt starten lassen.

(3) Unsere Kubaner als Saboteure innerhalb des Stützpunkts festnehmen.

...

(8) Angriffsgruppen gefangen nehmen, die sich von See oder aus der Nähe von Guantanamo-City nähern.

(9) Gruppe von Milizionären gefangen nehmen, die den Stützpunkt stürmen.

(10) Sabotage eines Schiffes im Hafen durch Brandstiftung.

(11) Schiff in der Nähe des Hafeneingangs versenken, Bestattungen abhalten für angebliche Opfer

b) Die Vereinigten Staaten würden mit offensiven Operationen reagieren, um die Wasser- und Stromversorgung zu sichern, und sie würden Artillerie- und Granatwerferstellungen zerstören, die den Stützpunkt bedrohen.

<http://www.freitag.de/2006/38/06380702.php>

25.10.2006

c) Die Vereinigte Staaten beginnen mit groß angelegten Militäroperationen.

3. Ein Vorfall, der an die "Maine" erinnert, könnte in verschiedenen Varianten arrangiert werden:

a) Wir könnten ein US-Schiff in der Guantanamo-Bucht in die Luft jagen und Kuba verantwortlich machen.

b) Wir könnten ein unbemanntes Schiff irgendwo in den kubanischen Gewässern in die Luft jagen. Wir könnten arrangieren, dass ein solcher Vorfall in der Nähe von Havanna oder Santiago wie das spektakuläre Resultat eines kubanischen Luft- oder Seeangriffs aussieht. Die Präsenz kubanischer Flugzeuge oder Schiffe, die aufklären wollen, was es mit dem Schiff auf sich hat, könnte als überzeugender Nachweis genommen werden, dass das Schiff angegriffen wurde. Die Nähe zu Havanna oder Santiago würde die Glaubwürdigkeit besonders für jene Menschen erhöhen, die die Explosion gehört oder das Feuer gesehen haben. Die Vereinigten Staaten könnten eine von Kampftruppen unterstützte See-/Luftrettung folgen lassen, um die "überlebenden" Mitglieder einer nicht-existierenden Mannschaft zu evakuieren. Verlustlisten in US-Zeitungen würde eine hilfreiche Welle nationaler Empörung hervorrufen.

4. Wir könnten eine kommunistisch-kubanische Terrorkampagne in der Gegend von Miami, in anderen Städten Floridas oder sogar in Washington entwickeln. Die Terrorkampagne sollte auf kubanische Flüchtlinge zielen, die in den Vereinigten Staaten Schutz suchen. Wir könnten ein Boot mit kubanischen Flüchtlingen versenken, das sich auf dem Weg nach Florida befindet (real oder simuliert).

...

Die Explosion einiger Plastikbomben an sorgfältig ausgesuchten Stellen, die Festnahme kubanischer Agenten und die Veröffentlichung vorbereiteter Dokumente, die das Eingreifen Kubas belegen, wären hilfreich, um von einer verantwortungslosen Regierung sprechen zu können.

5. ... Wir könnten die Empfindlichkeit der Luftwaffe der Dominikanischen Republik gegenüber Verletzungen ihres Luftraums ausnutzen. "Kubanische" B-26 oder C-46 könnten nachts Zuckerrohrfelder in Brand schießen. Brandbeschleuniger aus dem Sowjetblock könnten gefunden werden. Das könnte verbunden werden mit "kubanischen" Botschaften an den kommunistischen Untergrund in der Dominikanischen Republik und "kubanischen" Waffenlieferungen, die gefunden oder beschlagnahmt werden.

6. Von US-Piloten geflogene MIG-ähnliche Flugzeuge könnten für zusätzliche Provokation sorgen. Belästigung der zivilen Luftfahrt, Angriffe auf Schiffe und die Zerstörung eines unbemannten US-Militärflugzeuges durch einen Jet, der wie eine MIG aussieht, wären nützliche Begleitmaßnahmen. Eine passend gestrichene F-86 würde Fluggpassagiere überzeugen, dass sie eine kubanische MIG gesehen haben, besonders wenn der Flugkapitän diese Tatsache verkündet ...

...

8. Es ist möglich, einen Vorfall zu inszenieren, der überzeugend demonstriert, dass ein kubanischer Jet ein Charterflugzeug angegriffen und abgeschossen hat, das auf dem Weg von den Vereinigten Staaten nach Jamaika, Guatemala, Panama oder Venezuela war. Das Ziel und den Flugplan würde man so wählen, dass Kuba überflogen werden muss. Die Passagiere könnten College-Studenten sein, die in die Ferien fliegen, oder irgendeine andere Gruppe mit einem gemeinsamen Interesse an einem Charterflug.

a) Auf dem Luftwaffenstützpunkt Eglin wird ein Flugzeug in Farbe und Nummerierung als exaktes Duplikat eines Zivilflugzeuges hergerichtet, das im Namen eines von der CIA kontrollierten Unternehmens registriert ist. Zu einem bestimmten Zeitpunkt würde das Duplikat das Original ersetzen und mit den ausgewählten Passagieren beladen, die alle mit sorgfältig präparierten und aufgenommenen Namen an Bord gehen. Das tatsächlich registrierte Flugzeug würde in eine unbemannte Drone \*\* verwandelt werden.

b) Die Abflugzeiten der Drone und des anderen Flugzeuges werden so festgesetzt, dass sie südlich von Florida einander sehr nahe kommen. Von diesem Zeitpunkt an begibt sich das mit Passagieren beladene Flugzeug auf eine sehr niedrige Flughöhe und landet dann auf einem Neben-Rollfeld des Luftwaffenstützpunkts Eglin, wo Vorkehrungen getroffen worden sind, die Passagiere zu evakuieren und das Flugzeug wieder in seinen ursprünglichen Zustand zu verwandeln. Währenddessen folgt die Drone dem offiziell angegebenen Flugplan. Über Kuba wird die Drone auf der internationalen Notruf-Frequenz ein May Day aussenden und zur Kenntnis geben, dass sie von kubanischen MIG-Kampfflugzeugen angegriffen wird. Der Notruf wird unterbrochen von der Zerstörung des Flugzeuges, die wir durch ein Radiosignal auslösen. Auf diese Weise werden die Notruf-Empfangsstationen in der westlichen Hemisphäre den Vereinigten Staaten mitteilen können, was passiert ist, anstatt dass die USA versuchen, den Vorfall zu "verkaufen".

9. Es ist möglich, einen Vorfall zu inszenieren, der den Anschein erweckt, dass MIGs des kommunistischen Kuba einen Jet der US-Luftwaffe über internationalen Gewässern in einem unprovokierten Angriff abgeschossen haben.

a) Ungefähr vier oder fünf F-101 Kampfflugzeuge werden hintereinander in einer Formation vom Luftwaffenstützpunkt Homestead in Florida in die Nähe Kubas fliegen. Ihr Auftrag wird darin bestehen, Luftverteidigungsübungen zu simulieren ...

b) Ein vorher genau instruierter Pilot würde am Ende der Formation mit beträchtlichem Abstand zu den anderen Flugzeugen fliegen. In der Nähe Kubas würde dieser Pilot funken, dass er von kubanischen MIGs getroffen worden sei und abstürze. Danach würde er keinen Funkspruch mehr senden. Der Pilot würde dann in extrem niedriger Höhe westwärts fliegen und auf einem sicheren Stützpunkt, etwa dem Neben-Rollfeld von Eglin, landen. Der Jet würde von vorbereitetem Personal in Empfang genommen, verstaut und mit einer neuen Nummer versehen. Der Pilot, der den Auftrag mit falscher Identität ausgeführt hätte, würde seine wahre Identität wieder annehmen und an seinen Arbeitsplatz zurück kehren. Pilot und Flugzeug wären also verschwunden.

c) Zur Zeit des angeblichen Abschusses würde ein U-Boot oder ein



kleines Schiff Teile einer F-101, von einem Fallschirm etc., ungefähr 15 bis 20 Meilen von der kubanischen Küste entfernt auflesen und sich entfernen. Die Piloten, die nach Homestead zurückkehren, würden glauben, einen echten Vorfall erlebt zu haben. Weitere Bergungsschiffe und Bergungsflugzeuge würden losgeschickt werden. Sie würden weitere Flugzeugteile finden.

(\*) US-Kreuzer, der 1898 im Hafen von Havanna angeblich wegen eines Attentats, tatsächlich durch eine Kesselhavarie, explodierte

(\*\*) unbemanntes Flugzeug

 [mail an die Redaktion](#)  [nach oben](#)

---

**[Impressum](#) - [Archiv & Recherche](#) - [Abonnement](#)**

SANKTIONEN: Banken gehen zuerst

# Iran-Exporteure von USA bedroht

21.05.07

LINZ. Rund 1000 österreichische Firmen bearbeiten den Iran. 40 Prozent kommen aus Oberösterreich. Doch durch den starken politischen Druck seitens der USA werden die Geschäfte der Österreicher mit dem „Schurkenstaat“ immer schwieriger.

„Im Vorjahr sind die österreichischen Exporte in den Iran um 15 Prozent auf 340 Millionen Euro eingebrochen“, sagt der österreichische Handelsdelegierte im Iran, Karl Hartleb. Vor allem auf die Banken machen die Drohgebärden der USA Eindruck.

Haben zuerst britische und niederländische Banken ihre Geschäftsbeziehungen mit dem Land eingestellt, zogen sich im vergangenen halben Jahr deutsche, italienische und französische Institute zurück. Die Exportfinanzierung werde zunehmend zum Problem.

„Die USA haben das Messer massiv angesetzt“, sagt Hartleb. Die Entscheidung, entweder mit den USA oder mit dem Iran Geschäfte zu machen, falle den meisten Unternehmen nicht schwer. Um erst gar nicht auf das US-Radar zu gelangen, versuchen die meisten Österreicher ihr Iran-Engagement diskret abzuwickeln.

Der Handelsdelegierte rät den Unternehmen jedoch im Hoffnungsmarkt zu bleiben. In zwei Jahren sei die Abwahl Ahmadinedschads wahrscheinlich.

### „Dort will niemand hin“

Noch viel schwieriger sind die Geschäfte im Irak. „Von Bagdad rate ich jedem ab. Dort will niemand hin“, so Oskar Smrzka, Handelsdelegierter im Irak.

Anders sei die Lage in Kurdistan, im Norden des Iraks. Dort werde investiert. Österreicher sollen bald Müllentsorgungs- und Wasseraufbereitungsprojekte starten. Da man schnell zur Zielscheibe für Anschläge wird, bleiben die Unternehmen lieber anonym.

Ein zweiter Flughafen sei in Bau. Wie schon am Airport Sulaimania sollen auch dort Löschfahrzeuge von Rosenbauer stehen.

Eine 300 Kilometer lange sechsspurige Autobahn werde von der türkischen Grenze über Erbil bis zum Iran gebaut. Österreichische Baufirmen haben jedoch abgewunken. (ege)

### STICHWORT



Karl Hartleb Foto:Gefelt

### 1000 im Iran

2006 war der Iran mit Exporten von 340 Millionen Euro trotz der Rückgänge der zweitwichtigste Markt in der Region. Rund 40 Prozent der 1000 Unternehmen die mit dem Iran am liebsten diskret Geschäfte machen kommen aus OÖ.



Oskar Smrzka Foto:Gefelt

### Verluste im Irak

In den 80er Jahren war der Irak mit einem Exportvolumen von 400 Millionen Euro neben Saudi-Arabien der größte Exportmarkt Österreichs in der Region. Inzwischen sind die Ausfuhren auf 40 Millionen Euro eingebrochen.

# USA planen Geheimaktionen im Iran

Manöver der US-Marine -

kritischer Bericht der Atombehörde

### Geheime Kommandoaktionen des CIA sollen offenbar den Iran destabilisieren.

Washington. Ein Report der TV-Anstalt ABC über einen Befehl von US-Präsidenten George W. Bush an den Geheimdienst CIA, verdeckte Kommandoaktionen zur Destabilisierung des iranischen Regimes zu starten, hat in den USA eine wüste Debatte ausgelöst.

Die TV-Anstalt berichtete, dass koordinierte Kampagnen in Sachen Propaganda, Verbreitung an Desinformationen, Manipulationen der iranischen Wähler und Störung internationaler Finanzgeschäfte geplant seien. Auch über Sabotage der iranischen Atomanlagen wird spekuliert. Neben den Seemanövern der US-Marine vor der iranischen Küste, einem Bericht der Atombehörde, wonach der Iran sein Atomprogramm verstärkt ausbaue, und Beratungen vor der UNO über verschärfte Sanktionen gegen Teheran hat der ABC-Report die Spannungen zwischen den USA und dem Iran weiter erhöht. Einige Republikaner haben den TV-Sender scharf kritisiert: Die unverantwortliche Veröffentlichung geheimer Informationen gefährde die Sicherheitsinteressen Amerikas und „letztendlich auch Menschenleben“, wetterte etwa Präsidentschaftskandidat Mitt Romney. (bah)

Osterreich' d. S. K. 2007

5.05.07

## US-Geheimdienst schaut weiter illegal in Europa auf Konten

WIEN. Amerikaner können jede Auslandsüberweisung kontrollieren. In Zukunft könnten auch Transaktionen im Inland vor der CIA nicht mehr sicher sein.

VON WERNER BENINGER

Die seltene Einmütigkeit im österreichischen Parlament wird die US-Regierung wohl kaum beeindrucken. Gestern, Freitag, beschlossen alle Parteien, dass Bankdaten nicht mehr widerrechtlich an die US-Behörden weitergegeben werden dürften. Dies hat auch das Europäische Parlament am 14. Februar 2007 beschlossen und den Amerikanern sogar Industriespionage vorgeworfen.

### US-Politik der Erpressung

Auch dieser Beschluss war freilich wirkungslos. Bis heute greift die CIA auf Bankdaten aus aller Welt, also auch auf jene von Österreichern, zu, sobald diese eine Auslandsüberweisung vornehmen oder erhalten. Das Mittel, dessen sich die Amerikaner bedienen, ist simple Erpressung.

Nach den Attentaten vom 11. September 2001 verschafften sich die Amerikaner Zugang zu den Datenbanken von Swift. Diese „Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication“ mit Sitz in Belgien, wickelt den interna-



Der große Bruder über dem großen Teich kontrolliert alle internationalen Zahlungen.

tionalen Zahlungsverkehr zwischen mehr als 200 Ländern der Welt ab. Neben dem Rechenzentrum in Belgien unterhält Swift auch eine Rechenzentrale im US-Bundesstaat Virginia. Als sich die Swift-Verantwortlichen zunächst weigerten, der CIA Zugang zu ihren Datenbanken zu ermöglichen, drohten die Amerikaner das Rechenzentrum in Virginia lahm-

zulegen und dort alle Daten zu beschlagnahmen. Auch mit Zustimmung des österreichischen Vertreters im 25-köpfigen Verwaltungsrat beugte sich Swift daraufhin dem amerikanischen Begehren. Als der Skandal 2006 platzte, fand es US-Präsident George Bush „schändlich“, dass die illegalen Praktiken seines Geheimdienstes aufgedeckt wurden. Geändert hat sich nichts.

SP-Datenschutzsprecher Johann Maier, der den Parlamentsbeschluss initiiert hat, schwant noch Übleres. Im Rahmen des geplanten europäischen Zahlungsverkehrsraumes sollen, so Maier, alle Zahlungen in Europa über Swift abgewickelt werden, also auch Überweisungen im Inland. Die Amerikaner könnten dann auch auf diese zugreifen.

# Kubakrise der Bawag

SN 14.04.07

**Die Entscheidung der Bawag P.S.K., kubanischen Kunden zu kündigen, hat eine Welle der Empörung ausgelöst. Rechtlich ist dagegen aber kaum etwas auszurichten.**

RICHARD WIENS

WIEN (SN). Heftige Reaktionen gab es am Freitag auf einen SN-Bericht, wonach die Bawag P.S.K. die Geschäftsbeziehungen mit rund 100 kubanischen Kunden beendet. Der für Konsumentenschutz zuständige Sozialminister Erwin Buchinger zeigte sich „empört über das Verhalten der Bawag“. Aus Sicht der Experten in seinem Ministerium sei das Vorgehen „rechtswidrig“.

Der Leiter der Rechtsabteilung des Vereins für Konsumenteninformation (VKI), Peter Kolba, sieht hingegen zivilrechtlich keine Möglichkeit, die Entscheidung der Bawag P.S.K. zu bekämpfen. Girokonten bei einer Bank stellen ein Dauerschuldverhältnis dar, sagte Kolba den SN, dieses könne von beiden Seiten gekündigt werden. „Das muss ich auch nicht begründen.“ Wenn man es doch tue, dann möge das im gegenständlichen Fall diskriminierend wirken, böte aber aus zivilrechtlicher Sicht keine Handhabe. Knackpunkt sei der fehlende Kontrahierungszwang, sagte Kolba, also die Verpflichtung, einen Vertrag abzuschließen. Dieser sei nicht gegeben, weil es genügend alternative Anbieter auf dem Markt gebe.

Darauf beruft sich auch die Bawag P.S.K. Deren Sprecher, Thomas Heimhofer, „bedauert die Entscheidung zwar persönlich sehr“, verweist aber darauf, dass man „streng juristisch jederzeit die Geschäftsbeziehungen mit einem Kunden beenden kann“. Dennoch sei man bestrebt, mit den Betroffenen einvernehmliche Lösungen zu finden, sagt Heimhofer. Die Bank müsse aber aufsichtsrechtliche Be-

stimmungen erfüllen. Im konkreten Fall jene der USA, denen der Neo-Eigentümer der Bank, des US-Fonds Cerberus, unterworfen sei. Der Helms-Burton-Act, der es US-Unternehmen untersagt, Geschäfte mit Kubanern zu machen, gelte auch für ausländische Töchter, und damit auch für die Bawag P.S.K.

Anders als bei Girokonten sei die Situation bei gebundenen Sparbüchern, sagt Kolba. Die Staatszugehörigkeit sei sicher keiner der festgelegten Gründe für eine Auflösung eines Sparbuchs, daher müsste wohl für jeden Fall eine spezielle Lösung gefunden werden.

Als „aus menschenrechtlicher Sicht verheerend“ bezeichnete die Expertin für Menschenrechte, Marianne Schultze, am Freitag die Vor-

gangweise der Bawag P.S.K. Allerdings sei die Drittwirkung von Grundrechten – etwa der Schutz des Eigentums oder der Gleichheitsgrundsatz – umstritten. Anders als öffentliche Behörden könnten sich Unternehmen ihre Kunden aussuchen, etwa durch Regelungen in den Geschäftsbeziehungen.

Bernhard Carl, Bürgerlisten-Gemeinderat in Salzburg, wandte sich in einem offenen Brief an den Vorstand der Bawag. Er habe sich vor 22 Jahren für die P.S.K. als Bank entschieden, weil diese keine Geschäfte mit Südafrika und dem Apartheid-System gemacht habe. Die Diskriminierung kubanischer Kunden sei inakzeptabel. Soll die Bawag P.S.K. davon nicht abrücken, werde er das Institut als Kunde verlassen.

## MELDUNG DES TAGES

2.05.07

### Venezuela zieht sich aus Weltbank und IWF zurück

Der venezolanische Präsident Hugo Chavez hat den Rückzug seines Landes aus Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) angekündigt. Sein Land müsse nicht länger nach Washington gehen, „weder zum IWF noch zur Weltbank, zu niemandem“, sagte Chavez. Er werde beide Institutionen auffordern, „uns zurückzugeben, was sie uns schulden“. Sie seien „Mechanismen des Imperialismus“, sagte Chavez. IWF und Weltbank dienten zur Ausbeutung kleiner Staaten, fügte Chavez hinzu: „Es ist besser, wenn wir austreten, bevor sie uns ausrauben.“ Chavez verkündete zugleich anlässlich des 1. Mai eine Anhebung des Mindestlohns um 20 Prozent. Außerdem strebe er bis 2010 eine Reduzierung der täglichen Arbeitszeit von aktuell acht Stunden auf sechs Stunden an, sagte der Präsident.

## MELDUNG DES TAGES

### Kuba

Dickes Lob hat Außenministerin Ursula Plassnik vom kubanischen KP-Organ „Granma“ bekommen. Plassnik hatte bekanntlich wegen der – inzwischen rückgängig gemachten – Auflösung der Geschäftsbeziehungen zu kubanischen Privatkunden ein Verwaltungsstrafverfahren gegen die Bawag eingeleitet. In Österreich gelte österreichisches Recht, auch für die vom US-Finanzhaus Cerberus übernommene Bawag, argumentierte Plassnik: „Österreich ist nicht der 51. Bundesstaat der USA.“ Österreichs Regierung habe sich in Stellung gebracht, „um ihre Souveränität gegenüber der Bedrohung durch Maßnahmen des Präsidenten George W. Bush zu verteidigen“, schreibt „Granma“. Gelobt wird auch Sozialminister Erwin Buchinger, der „indirekt Kunden zum Boykott der Bawag aufrief“.

# Angst vor der Karibik Bawag kündigt Kundin

13.4.07

**Maria Cajigal-Ramirez ist Österreicherin, nun kündigte ihr die Bawag. Der Grund: Neo-Eigentümer Cerberus macht keine Geschäfte mit kubastämmigen Personen.**

RICHARD WIENS  
KARIN ZAUNER

SALZBURG (SN). „Es ist unglaublich, ich bin sehr enttäuscht“, sagt Maria Cajigal-Ramirez. Am Dienstag bekam die Ärztin aus Frankenmarkt vier Briefe von ihrem langjährigen Geldinstitut, der Bawag P.S.K. Darin wurde ihr die Kündigung der Geschäftsbeziehung mitgeteilt. Mit 20. April werde ihr Konto gekündigt, binnen einer Woche solle sie mit den Sparbüchern auf der Bank erscheinen, teilte ihr die Bawag mit.

Als Grund wurde eine „Restrukturierung unserer Geschäftspolitik“ angegeben. Anfangs witzelte Frau Cajigal-Ramirez noch mit einer Nachbarin über die Angelegenheit, weil sie meinte, das habe wohl damit zu tun, dass sie in Guantanamo (Standort des US-Gefangenenlagers auf Kuba, Anm.) geboren sei, erzählte sie den SN. Ihr Ehemann Peter Pointner, der derzeit beim österreichischen EUFOR-Kontingent in

Bosnien-Herzegowina stationiert ist, riet seiner Frau, zur P.S.K.-Filiale in Frankenmarkt zu gehen, wo beide wohnen. Nach Rücksprache mit der Zentrale in Wien teilte man ihr dort mit, die Bawag P.S.K. wolle keine Geschäftsbeziehungen zu „kubastämmigen Personen“.

Pikantes Detail am Rande: Peter Pointner ist im Zivilberuf Postamtsleiter in Frankenmarkt. Er reagierte prompt und wechselte seinerseits das Geldinstitut. Außerdem will er rechtliche Schritte gegen die Bawag einleiten – wegen „menschenverachtenden, diskriminierenden und rassistischen Handlungsweisen“.

Der Bawag hat es die Sprache verschlagen, ein Sprecher der Bank wollte die Sache „nicht näher kommentieren“. Hintergrund für die Aktion, von der rund 100 Kunden kubanischer Herkunft der Bawag P.S.K. betroffen sind, ist der Verkauf an den US-Fonds Cerberus. Der neue Eigentümer beruft sich auf amerikanisches Recht, wonach es US-Unternehmen untersagt ist, Geschäftsbeziehungen mit Kubanern zu unterhalten. Daher wurde der Vorstand der Bank angehalten, den Kundenstamm zu durchforsten und aus Kuba stammenden Kunden die Kündigung zu schicken.

13.4.07

# Nach Kuba die Republik

17.4.07

**Kommt der Bawag nach den Kubanern ihr größter Kunde, die Republik, abhandeln? Es gibt erste Rufe nach einer Neuausschreibung für den Zahlungsverkehr des Bundes.**

WIEN (SN-wie). Die Aufregung um die Kündigung kubanischer Kunden durch die Bawag P.S.K. hält an. Am Montag rief die Österreichisch-Kubanische Gesellschaft alle in Österreich lebenden Lateinamerikaner auf, sich zu solidarisieren und wirkungsvolle Maßnahmen zu setzen.

Die Bawag würde wohl auch das verschmerzen. Stärker treffen würde sie der Verlust ihres größten Kunden, der Republik Österreich. Infolge des Kaufs der ehemals bundeseigenen Postsparkasse wickelt die Bawag P.S.K. bekanntlich den gesamten staatlichen Zahlungsverkehr ab. Das Gesamtvolumen wird auf rund 5 Mrd. Euro geschätzt.

In der Montagsausgabe des „Wirtschaftsblatt“ wird VP-Finanzsprecher Günter Stammvoll mit den Worten zitiert: „Eine Neuausschrei-

bung könnte Sinn machen. Vielleicht zeigt sich, dass eine andere Bank billiger ist.“ Auch der Wiener SP-Landtagsabgeordnete Volkmar Harwanegg hielt eine Neuausschreibung für „überprüfenswert“. Harwanegg war früher Betriebsratsvorsitzender der P.S.K. und hatte die Übernahme stets kritisiert.

Das Finanzministerium betonte am Montag auf APA-Anfrage, eine Neuausschreibung des staatlichen Zahlungsverkehrs sei „im Moment kein Thema“. Die Konkurrenten der Bawag meldeten vorsorglich ihr Interesse an. Falls es eine Neuausschreibung gebe „hätten wir absolutes Interesse daran“, sagte ein Sprecher der Bank Austria Creditanstalt. Auch die Erste Bank würde sich allenfalls an einer Ausschreibung beteiligen. RZB-Chef Walter Rothensteiner hatte das Thema schon im Zuge des Verkaufs der Bawag an Cerberus auf Tapet gebracht.

Bawag P.S.K.-Chef Ewald Nowotny hat mehrfach betont, dass man durch die 2005 erfolgte Zusammenführung der EDV-Systeme von Bawag und P.S.K. den staatlichen Zahlungsverkehr günstiger als jedes andere Institut anbieten könne.

## „Arnie“ bekommt Ärger mit der Justiz

SACRAMENTO. Der kalifornische Gouverneur Arnold Schwarzenegger könnte nach einem Zeitungsbericht Ärger mit der US-Justiz bekommen, weil er angeblich eine Zigarre aus dem kommunistischen Kuba rauchte. Wie das britische Boulevardblatt „Daily Mirror“ berichtete, ließ sich der als Gesundheitsapostel bekannte ehemalige Bodybuilder während eines Besuchs in Kanada eine Partagas-Zigarre besorgen. Schwarzeneggers Konvoi habe auf dem Weg zum Flughafen in Ottawa sogar einen Umweg über ein Hotel genommen, um die Rauchgelüste des Gouverneurs befriedigen zu können.

Das Rauchen kubanischer Zigarren ist US-Bürgern auf der ganzen Welt verboten. Ein Verstoß kann sogar mit Gefängnis geahndet werden. Schwarzenegger hat schon in Interviews seine Vorlieben für kubanische Cohibas und Montecristos gestanden.

18.4.07

# Cuba libre: Bawag beendet dreiwöchigen „Affenzirkus“

Am Freitag hat Bawag-Chef Ewald Nowotny eine Kehrtwende in der Kuba-Politik gemacht. Weil der künftige Eigentümer Cerberus eine US-Ausnahmeregelung erwirkt habe, dürfen Kubaner wieder Konten haben. Das Verwaltungsstrafverfahren geht trotzdem weiter.

Renate Graber

Wien – Auf den Tag genau drei Wochen nach Bekanntwerden der Kündigung kubanischer Kunden bei der Bawag PSK hat Bankchef Ewald Nowotny diesen Schritt nun wieder zurückgenommen.

Das grüne Licht für die erhoffte Beendigung der „Kuba-Krise“ hat er aus New York und vom Bawag-Käufer Cerberus mitgebracht, wie sich aus einer Aussendung der Bawag vom Freitag ablesen lässt: „Der Eigentumsübergang wird wie vorgesehen erfolgen; darüber hinaus konnte der künftige Mehrheitseigentümer Cerberus mit den US-Behörden eine Gleichstellung mit anderen US-Finanzinstituten in Bezug auf Geschäftsbeziehungen mit kubanischen Staatsbürgern erreichen.“ Zudem entschuldigte sich der Vorstand für die „Probleme und Irritationen“.

Der massive öffentliche Druck, der nach dem Rauswurf entstanden ist, dürfte sein Quäntchen zur Kehrtwende beigetragen haben, je-

denfalls habe der Vorstand „die vielen kritischen Stimmen ... als Unterstützung in den Entscheidungsprozessen empfunden“.

Tatsächlich hatte „der Affenzirkus“ (ein Bawag-Banker) mehr als nur Kritik zur Folge. Das Außenministerium hat ein Verwaltungsstrafverfahren eingeleitet: Man prüft, ob die Bawag gegen österreichisches Recht verstoßen hat, indem sie US-Recht angewendet hat, was in der EU verboten ist. Der Vorstand hatte nämlich ursprünglich argumentiert, er habe US-Recht anwenden müssen, weil sonst der Verkauf an US-Fonds Cerberus geplatzt wäre. Nowotny am 17. April im STANDARD: „Die Vorschrift, wonach man keine Geschäfte mit kubanischen Staatsbürgern machen darf, ist vom Office of Foreign Assets Control, OFAC, fixiert und gilt für alle Unternehmen, an denen Amerikaner mehrheitlich beteiligt sind.“

In der Folge hatte er sich anders besonnen, man habe „eigenständig“ entschieden, die



Der Geldverkehr mit kubanischen Staatsbürgern ist in der Bawag PSK nun doch wieder gestattet. Montage: Otto Beigelbeck

Bawag sei „österreichischen Gesetzen verpflichtet“.

Das Verwaltungsstrafverfahren wird jedenfalls „zu Ende geführt, wir werden alle Umstände würdigen und uns bemühen, diesen Präzedenzfall für die EU rasch abzuwickeln“, sagte eine Sprecherin des Außenministeriums.

Ob es zur Fiesta cubana kommen wird, die Nowotny für den Fall versprochen hat,

dass er die Kubaner wieder zurückholen kann, sei dahingestellt. Der grüne EU-Parlamentarier Johannes Voggenhuber, der die EU eingeschaltet hat, bleibt skeptisch. Er sieht in der Erklärung, dass die Bawag Cerberus eine US-Ausnahmeregelung organisieren hat lassen, eine neuerliche Rechtsverletzung: „Das zeigt doch erst recht die Illoyalität der Bawag gegenüber dem EU-Recht.“

19.4.07

# „US-Recht gilt bei uns nicht“

**Die Aufregung darüber, dass die Bawag P.S.K. kubanischen Kunden gekündigt hat, hält an. Verfassungsjurist Heinz Mayer sieht einen Verstoß gegen die Verfassung.**

WIEN (SN-can, wief). Auch wenn die Bawag P.S.K. und ihr Noch-Eigentümer ÖGB beteuern, keine andere Wahl gehabt zu haben, gerät die Bank seit der Kündigung von rund 100 kubanischen Kunden nicht aus den Schlagzeilen. Der Schritt, den die Bawag übrigens ohne Aufforderung seitens des künftigen Eigners, des US-Fonds Cerberus, gesetzt hat, sei nötig gewesen, um den Verkauf nicht platzen zu lassen, betort man seitens der Bank und des ÖGB.

Der Verfassungsjurist Heinz Mayer bringt seine Fositon auf einen kurzen Nenner: „US-Recht gilt

bei uns nicht.“ Wenn ein US-amerikanisches Unternehmen ein österreichisches kauft, unterliege es dem österreichischen Recht. Wenn sich Cerberus auf das Recht im Heimatstaat berufe, „dann dürfen sie halt nicht kaufen“. Das Vorgehen der Bawag P.S.K. widerspreche „ganz eindeutig“ der österreichischen Bundesverfassung. Diese verbiete eine rassistische Diskriminierung, darunter falle auch die Diskriminierung auf Grund nationaler Herkunft, sagte Mayer den SN.

Auch die Grünen lassen in der Sache nicht locker. Sie haben nun eine parlamentarische Anfrage an Außenministerin Ursula Plassnik gestellt. Darin wirft die Oppositions-partei der Bawag P.S.K. und ihren Organen vor, gegen europäisches Recht zu verstoßen. Die Grünen beziehen sich auf eine 1996 als Reaktion auf den Helms-Burton-Act erlassene EU-Verordnung. Darin wendet sich die EU gegen Ausbebelung

des EU-Rechts durch von Drittstaaten (in dem Fall den USA) erlassene Gesetze und die Beeinträchtigung der Interessen natürlicher und juristischer Personen. Für Verstöße gegen die Verordnung wurden in Österreich seitherzeit Verwaltungsstrafen in Höhe von bis zu einer Mill. Schilling (rund 72.600 Euro) fi-xiert. Mit der Durchführung der Verordnung ist das Außenministerium beauftragt. Die Grünen wollen nun wissen, ob Plassnik in der Sache schon tätig geworden sei.

## Bawag verteidigt ihre Handlungsweise

Die Bawag bleibt dabei, ihr Vorgehen sei „rechtlich in Ordnung“. Man beziehe sich dabei nicht auf das Helms-Burton-Gesetz. Die Entscheidung über die Kündigungen kubanischer Kunden sei vom Vorstand im Hinblick auf länger bestehende Verordnungen des Office of

Foreign Assets Control (OFAC), einer Abteilung des US-Finanzministeriums, getroffen worden. Das OFAC legt fest, welche Geschäfte US-Unternehmen und in deren Einfluss stehende Beteiligungen durchführen dürfen, und ist für die Einhaltung der von den USA über diverse Staaten verhängten Wirtschaftssanktionen verantwortlich.

Der Verein ZARA (Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit) hat angekündigt, dass er Klagen von Betroffenen gegen die Bawag unterstützen werde. Es hätten sich bereits einige Kunden an ZARA gewandt, sagte Wolfgang Zimmer. Bei einer Klage könnten nicht nur die Kosten für den Kontowechsel, sondern auch die erlittene persönliche Kränkung durch den Verstoß gegen das Gleichbehandlungsgesetz geltend gemacht werden. Die Bawag hat erklärt, dass den Kunden durch den Wechsel zu einer anderen Bank keine Kosten entstehen sollen.

# Michael Moore im politischen Kreuzfeuer

Michael Moore stellt in Cannes eine neue Dokumentation über das US-Gesundheitssystem vor

MARKUS AICHER  
berichtet aus Cannes

S.N.  
22.05.07



Bild: SWIPA

In Cannes von Kuba überschattet: Michael Moore präsentiert an der Côte d'Azur sein neues Werk „Sicko“.

Er habe ja schon eine Goldene Palme, sagte US-Regisseur Michael Moore auf der Pressekonferenz schelmisch und wies so darauf hin, dass sein neues Werk „Sicko“ in Cannes außerhalb des Wettbewerbs lief. Zudem passe dies besser zum Kontext des Films. Dieser setzt sich mit dem US-Gesundheitssystem auseinander. In „Sicko“ arbeitet Moore mit den aus „Fahrertheit 9/11“ (Cannes-Sieger 2004) oder „Bowling for Columbine“ bekannten Methoden des streitbaren Dokumentaristen, der immer öfter selbst ins Kreuzfeuer der Kritik gerät.

So gibt es derzeit mehrere Dokumentationen, die sich mit seinem Ansatz und dem Umgang mit Fakten und Wahrheit beschäftigen. Moore polarisiert, überspitzt und vereinfacht. Er montiert zum Kommentar aus dem Off zynisch und geschickt Bilder aus alten Filmen, fährt Kranke und Untervergütete auf, denen wesentliche Gesundheitsleistungen verweigert werden, zeigt die politischen Zusammenhänge auf. Wenn er die Profitgier der US-Krankerversicherungen und deren fatale Folgewirkungen für Versicherte vorführt, ist es immer auch eine Kritik an: herrschenden

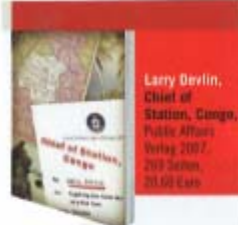
den Ungleichheiten des US-amerikanischen Systems, dem „Morbus Bush“, und dessen Empire schlug zurück, noch bevor „Sicko“ Premiere hatte.

In einer seiner überzogenen Szenen schickt sich Moore an, mit einer Gruppe verschürter 9/11-Helfer, die in Folge ihrer freiwilligen Hilfeleistung bei Ground Zero erkrankt waren, Miami mit drei Booten Rettung Kuba zu verlassen. Dort will er sie auf der US-Basis in Guantanamo behandeln lassen. Doch statt dessen landen sie in einer kubanischen Klinik, die sie willkommen heißt und die Wunder der Revolution vorweist und das sozialistische

Er präsentiert stattdessen witzig und demagogisch die Vorzüge der kanadischen, französischen und britischen Gesundheitssysteme mit Vollversorgung und präventivem Ansatz. Ihm gehe es mehr um einen Appell für ein neues Miteinander als um eine hässliche Abrechnung.

Auch wenn man sich schwer tun mag, dem knallhart kalkulierenden Regisseur seine aufrichtige Überzeugung für diese wohlwollende Optimierungskampagne abzunehmen – wie unterhaltendes politisches Kino funktioniert, weiß der Mann aus Flint, Michigan, derzeit so gut wie kein anderer.

Anders als in seinen früheren Filmen verzichtet der Filmemacher in seiner neuen Generalanklage auf persönliche Konfrontation mit Vertretern der attraktierten Konzerne.



## BÜCHER Kalter Krieg als Hitzeschlacht

Keine Frage: Der Mann hat etwas zu erzählen. Als Larry Devlin 1959 im Kongo eintraf, war der zentralafrikanische Riesenstaat gerade von den Belgiern unabhängig geworden und stand am Rande der Anarchie – schlimmer noch, zumindest für den Agenten Devlin und seinen Dienstherren, die CIA: Das Land schien knapp davor, unter dem Reformpolitiker Patrice Lumumba in den Einflussbereich der Sowjets zu geraten. Als „Chief of Station, Congo“ trug Devlin dazu bei, dass Amerika die Oberhand behielt und der US-freundliche Diktator Mobutu an die Macht kam. Dass er mit Plänen zur Ermordung Lumumbas beschäftigt war, gesteht Devlin freimütig ein. Eine Beteiligung an der Tat selbst stricet er jedoch ab – da seien ihm andere „zuvorgekommen“: durchaus spannende Einblicke in den Stellvertreterkrieg der Großmächte.